

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgestaltete Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einwendung auf Postkassen-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 15

Sonnabend, den 9. April 1927

31. Jahrgang

## Ungleiches Tarifrecht.

Einige Gerichtsurteile aus der neueren Zeit geben ein interessantes Bild der verschiedenen Wirkungen der Rechtsprechung, je nachdem, ob es sich um Arbeitgeber oder Arbeitnehmer handelt.

Nach einem Urteil des Kammergerichts, aus dem Teile in der Zeitschrift „Arbeitsrecht“, Oktober 1926, Seite 793/794, zum Abdruck gekommen sind, haben Zigarettenhändler die von den Zigarettenfabriken für Marken-Zigaretten vorgeschriebenen Preise gegenüber den Kleinhändlern nicht eingehalten, sondern die Zigaretten zu einem billigeren Preise verkauft. Dieses Geschäftsgebahren, durch welches an sich die Bevölkerung in den Genuss guter Zigaretten zu billigen Preisen kommt, wird von dem Kammergericht als Schädigung der vertragstreuen Händler und Verstoß gegen die guten Sitten angesehen.

In einem anderen Falle hatte sich das Landgericht II in Berlin (siehe „Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht“, Januar 1927, S. 52/54) mit folgender Streitfrage zu beschäftigen: Einem Bewachungsinstitut, das seine Arbeiter gegenüber tariflos war, wurden von einem anderen Bewachungsinstitut die Kunden abgejagt, weil dieses Bewachungsinstitut billiger war und dies sein konnte, da es seinen Arbeitern einen weit geringeren Lohn bezahlte, als der Tarifvertrag vorsah. Das Gericht hat diesen tarifbrüchigen Unternehmer auf Grund der §§ 1 und 2 der Tarifvertragsverordnung in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über unlauteren Wettbewerb und dem § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches wegen Verstoßes gegen die guten Sitten verurteilt, bei Vermeidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe zu unterlassen, Angestellte als Wächter, sei es als Separat-, Revier- oder Patrouillenwächter oder Pförtner oder als Kontrollreue zu beschäftigen, die unter dem für das Bewachungsgewerbe in der Stadtgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärten Lohnsatz liegen. Der tariftreue Unternehmer wurde ferner verurteilt, dem tariftreuen Unternehmer den Schaden zu ersetzen, der letzterem durch die Bewachungsangebote des ersteren entstanden ist, soweit sich diese Angebote auf die Gefestigung untertariflich bezahlter Wächter bezogen haben. Das Gericht sagt in der Urteilsbegründung folgendes: „Ist hiernach der Beklagte an den erwähnten Lohn- und Arbeitsvertrag (gemeint ist der Tarifvertrag) gebunden, so handelt er gegen seine Angestellten vertrags- und geschwändig, wenn er ihre Dienste unter Tarif bezahlt, und er handelt sittenwidrig gegen seine Mitbewerber, wenn er unter Ausnutzung des geschwändigen Zustandes sich die Möglichkeit verschafft, die Mitbewerber zu unterbieten und dadurch zu schädigen.“

So sehr man diese beiden Urteile grundsätzlich im Sinne des Kollektivismus begrüßen kann und anerkennen muß, so eigenartig ist es wiederum, daß fast regelmäßig desartige Grundfälle zur Anwendung kommen, wenn es sich um Streitigkeiten der Unternehmer untereinander handelt. Es soll damit durchaus nicht ausgesprochen werden, daß die Gerichte sich bei ihrer Urteilsfindung von subjektiven Auffassungen leiten lassen, sondern es ist schon so, daß man nach dem geltenden Recht durchaus in der Lage ist, bei Unternehmern Grundfälle anzuerkennen, die man, wenn es sich um Streitigkeiten der Arbeiter mit ihrem Unternehmer handelt, nicht anerkennt. In den vorgenannten beiden Fällen haben die Gerichte in sehr erfreulicher Weise die Unabdingbarkeit der tariflichen Bestimmungen anerkannt. In den Klagen der Arbeiter gegen Unternehmer wegen Nachzahlung der Differenz zwischen dem gezahlten niedrigen Lohn und dem tatsächlichen höheren Tariflohn befolgt die Mehrzahl der Gerichte eine ganz andere Taktik. In diesen Fällen werden in das Tarifrecht Grundfälle aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch hineingebracht, die bei der Schaffung der Tarifvertragsverordnung tatsächlich nicht herangezogen werden sollten. Wenn ein Arbeiter, der seinen Tariflohn nicht erhalten hat, nach einer Reihe von Wochen die Differenz einfordert, dann weisen fast alle Gerichte diese Ansprüche für die Vergangenheit ab, weil der Arbeiter auf seine tariflichen Rechte durch widerspruchsfähige Annahme des niedrigeren Lohnes verzichtet habe. Die Gerichte stützen sich hierbei auf den § 397 des Bürgerlichen Gesetzbuches, in dem sie einen stillschweigenden Erlaß bzw. Verzichtvertrag annehmen. Kein Arbeiter denkt daran, dem Unternehmer die Bezahlung des Tariflohnes zu erlassen oder auf die Rechte aus dem Tarifvertrage zu verzichten, sondern die Arbeiter fügen sich dem Druck des Unternehmers, weil sie sonst mit der Entlassung zu rechnen haben, wogegen es dann wiederum keinen ausreichenden Schutz gibt. Es hat sich sogar bereits eine Anzahl Gerichte gefunden, welche die Unterbietungen des Tariflohnes durch den Unternehmer gegenüber den Arbeitern gewissermaßen als moralische Tat anerkennen, weil dadurch Arbeiter nicht der Erwerbslosenunterstützung anheimfallen, während dieselben Gerichte den klagen den Arbeitern, weil sie nachträglich ihre gesetzlichen Rechte gefordert haben, Arglist, Verstoß, gegen die guten Sitten und gegen Treu und Glauben vorgeworfen haben. Wir sind sogar schon so weit, daß sich Staatsanwälte und Strafrichter finden, die Arbeiter mit Geldstrafe oder Gefängnis bedrohen, wenn dieselben nachträglich ihre tariflichen Rechte verlangen. (Siehe hierzu den Artikel „Arbeitgeber, Staatsanwalt, Strafrichter und Tarifrecht“ in der Gewerkschaftszeitung Nr. 8, 1927, Seite 104.) Es ist also wirklich eigenartig, wie verschieden die Urteile ausfallen, je nachdem, ob es sich um die Streitigkeiten der Unternehmer untereinander oder um die Streitigkeiten von Arbeitern gegen Unternehmer handelt. Der formaljuristische Einwand, daß es sich in beiden Fällen um verschiedene Rechtsgrundlagen handelt, würde, ist tatsächlich nicht ausschlaggebend, denn sowohl in einen als auch in anderen Fälle haben sich die Gerichte die Rechtsgrundlage aus dem bestehenden Recht erst schaffen müssen. Potthoff sagt mit Recht an der eingangs dieser Ausführungen erwähnten Stelle: „Die verbandswidrige Lohnsenkung ist im Interesse der Arbeitnehmer, die dadurch vor Stellenlosigkeit bewahrt werden. Die verbandswidrige Preissenkung verstoßt gegen die guten Sitten, obwohl Beweggrund und Folge der verbandswidrigen Senkung die gleichen sind.“ — Von einer Unterbietung der Löhne nimmt man an, daß sie die Konkurrenzfähigkeit und die Gewinne des Kapitals erleichtert. Deswegen ist sie grundsätzlich billigenwert und wird von vielen Gerichten nach Möglichkeit gegen Organisationszwang in Schutz genommen. Die Unterbietung des Preises aber gefährdet die Rentabilität des Kapitals. Deswegen ist sie mit anderem Maße zu messen. Das (wirtschaftliche) Unternehmern-Kartell ist grundsätzlich nützlich und gut, denn es stärkt die Rentabilität. Die Gewerkschaft ist bedenklich, denn sie gefährdet diese höchste Rücksicht unserer Wirtschaft.“ Wir müssen uns diesen bitteren Schlussfolgerungen von Potthoff durchaus anschließen, wie wir uns auch die Auffassung von Potthoff zu eigen machen und eingangs bereits darauf hingewiesen haben, daß man trotzdem von einer Klassenjustiz nicht sprechen kann. Die Richter können eben

noch nicht aus ihrer Haut heraus. Alles, was dem Kapital dient, ist schön und gut und muß gefördert werden; alles, was der Arbeitskraft dient, ist gefährlich und muß verhindert werden. Diese Ansicht der „bürgerlichen Klasse“, aus der die große Mehrzahl der Richter auch heute noch stammt, muß geändert werden. Wenn Potthoff zum Schluß sagt, „gegenüber solcher Auffassung ist es nur gut, daß die Verordnung vom 23. Dezember 1918 mit solcher Unzweideutigkeit die Normenwirkung und die Unabdingbarkeit der Tarifverträge ausgesprochen hat“, so hat auch diese tatsächliche Unzweideutigkeit nicht ausgereicht, die Arbeiter vor schwerem Schaden zu behüten, weil die Rechtsprechung, wie bereits näher ausgeführt, die individualistischen Grundfälle des Bürgerlichen Gesetzbuches über Erlaß und Verzicht mit dem Tarifrecht verschmolzen hat. Und auch das gilt es zu ändern. Der Kampf für die Unabdingbarkeit und gegen die Annahme des nachträglichen Verzichtes muß mit aller Entschiedenheit geführt werden. Wegen vieler Einzelheiten und der gesamten Literatur und Rechtsprechung wird auf die Gewerkschaftszeitung, Beilage Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung, Artikel und Rahmen über Unabdingbarkeit verwiesen.

Die Gewerkschaften müssen sich die in den besprochenen beiden Urteilen angebahnte Entwicklung zunutze machen und den Richtern klarmachen, daß dieselben Grundfälle auch auf die Arbeiter angewendet werden müssen. Es wird mit dem Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsbehörden, wo ja dann in allen drei Instanzen Arbeiter bzw. Angestellte als Beisitzer mitwirken haben, den Gewerkschaften Gelegenheit geboten sein, den Richtern die Grundfälle des kollektiven Arbeitsrechts näherzubringen. Wir müssen uns dieser Aufgabe mit voller Verantwortung und großer Ausdauer unterziehen. Das Arbeitsrecht muß ein soziales Recht werden, in dem nur kollektive Grundfälle maßgebend sind und wo alle individuellen Konstruktionen aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch abzulehnen sind. Dabei können die angeführten beiden Urteile wertvolle Dienste leisten, weil sie blickartig die Situation beleuchten, in der wir uns trotz des Ausbaues des kollektiven Arbeitsrechts auch gegenwärtig noch befinden.

Anmerkung: In der Zeitschrift „Das Schlichtungswesen“, Verlag von Stähle und Friedel, Stuttgart, die bei dieser Gelegenheit zum Bezug sehr empfohlen werden kann, weil sie diejenige Zeitschrift ist, die den Kollektivismus wissenschaftlich sehr ausgiebig behandelt, macht Professor Dr. philol. und Dr. jur. Jürges, Halle an der Saale (Seite 26, Januarheft 1927) folgende Ausführungen, die sich genau mit der in dem vorstehenden Artikel vertretenen Auffassung decken:

Der Verzicht auf entstandene tarifliche Rechte wird in der Rechtsprechung wohl überwiegend als rechtswirksam angenommen. Diese Auffassung ist jedoch, wie ich schon mehrfach ausgeführt habe, unrichtig. Der Wortlaut des § 1 Absatz 1 der Tarifvertragsverordnung bezieht sich nach buchstäblicher Auslegung allerdings nur auf die Unabdingbarkeit bei dem Abschluß des Arbeitsvertrages. Die dadurch im § 1 Absatz 1 der Tarifvertragsverordnung vorhandene Lücke ist aus dem Sinn und Zweck des Tarifvertrages auszufüllen.

Es ist ein methodischer Grundsatz, daß man die Probleme eines Rechtsgebietes stets mit den Mitteln dieses Rechtsgebietes löst, nicht mit Mitteln, die aus anderen Rechtsgebieten, so z. B. unter Verwendung von Rechtsnormen aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch — Erlaßvertrag § 397 BGB. — entnommen sind. Um zu dem Problem des Verzichtes auf den Tariflohn Stellung zu nehmen, ist die Frage aufzuwerfen: Welche Mittel gibt die Tarifvertragsverordnung an die Hand, um in gegebenen Fällen die Unabdingbarkeit herbeizuführen? Diese Mittel sind in § 1 Satz 2 des Absatzes 1 angegeben: Vereinbarung der Tarifvertragsparteien.

Daß dieses das einzige Mittel ist, ergibt sich aus den kollektivistischen Grundgedanken des Tarifrechts. Ihm ist der Vorzug vor den Mitteln zuzuschreiben, welche sich in dem individualistischen Rechtsgebieten verwirklichenden Bürgerlichen Gesetzbuch finden. Der Arbeitnehmer, der wiederholt widerspruchsfrei untertarifliche Bezahlung annimmt, verstößt zwar gegen Treu und Glauben, wenn er nachträglich den Unterschiedsbetrag einfordert. Der Arbeitgeber macht sich aber durch seine untertarifliche Bezahlung noch eines schwereren Verstoßes gegen Treu und Glauben schuldig. Das Urteil, welches den Verzicht auf den entstandenen Tariflohn durch die Arbeitsvertragsparteien für rechtswirksam erklärt, ist daher ein Fehlurteil.“

## Die industrielle Entwicklung in Deutschland

Die bisherigen Veröffentlichungen über die am 16. Juni 1925 stattgefundene Betriebszählung brachten nur Teilergebnisse, die zwar bereits erkennen ließen, daß seit der letzten Berufszählung von 1907 in dem industriellen und gewerblichen Aufbau des deutschen Reiches sehr wesentliche Veränderungen stattgefunden haben, aber doch keinen allgemeinen Ueberblick über die dadurch geschaffenen Verhältnisse gestatteten. Dieser Mangel wird nun zum Teil durch die letzte Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts in Nr. 4 von Wirtschaft und Statistik gehoben, wenn auch vorerst für die gewerblichen Betriebe. Jedenfalls ergibt sich daraus die Möglichkeit, gewisse Vergleiche zu ziehen und festzustellen, in welchem Umfange die industrielle und gewerbliche Entwicklung in Deutschland seit dem Jahre 1907 fortgeschritten ist. Es wird dadurch für die Beurteilung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ein sehr wertvolles Material gewonnen, das in Verbindung mit den noch zu erwartenden Veröffentlichungen erst nach und nach voll ausgeschöpft werden kann.

Begreiflicherweise stellen sich Vergleiche zwischen den Feststellungen der Berufszählung von 1907 und der Betriebszählung von 1925 erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Nicht nur, daß die Grundlagen der beiden Zählungen verschieden sind, sondern es sind auch durch den Ausgang des Krieges im Bestand des Reiches tiefgreifende Veränderungen eingetreten, die hierbei störend wirken und die Feststellungen erschweren. Diese Schwierigkeiten mußten überwunden werden, um ein klares Bild über den zurückgelegten Weg zu gewinnen. Das ist, wenn auch anscheinend nicht in allen Teilen, gelungen. Aus den bis jetzt bekanntgegebenen Zahlen läßt sich entnehmen, daß der schon in früheren Zählungsperioden festgestellte Industrialisierungsprozeß ununterbrochen fortgeschritten. Nach den statistischen Feststellungen hat sich die Gesamtbevölkerung in dem jetzigen Reichsgebiet, ausschließlich der Saar, von 1907 an um 13,5 v. H. vermehrt. Ungleich stärker, nämlich um 24,4 v. H., also fast um das Doppelte, ist dagegen die erwerbsfähige Bevölkerung gewachsen. Das ist eine Zunahme, die im Verhältnis zu dem Anwachsen der Gesamtbevölkerung selbst die der Jahre 1882 bis 1907 erheblich übersteigt und die durch den Krieg verursachte Verarmung und Proletarisierung des deutschen Volkes bestärkt.

In besonderem Maße macht sich diese Entwicklung natürlich auf industriellem und gewerblichem Gebiete bemerkbar. Die Zunahme der gewerblichen Betriebe von 2,9 auf 3,4 Millionen = 14,4 v. H. hält sich zwar noch so ziemlich im Rahmen der allgemeinen Bevölkerungsvermehrung. Im Gegensatz dazu steigerte sich aber die Zahl der industriell und gewerblich beschäftigten Personen in erheblichem Maße von 13,2 auf 17,05 Millionen = 28,5 v. H. Eine ganz erhebliche Zunahme hat hierbei die Zahl der weiblichen erwerbstätigen Personen erfahren, die von 3,2 auf 4,5 Millionen = 39,1 v. H. stieg, worin wir nicht nur eine Folge des Krieges, sondern auch der sich vollziehenden Umgestaltung der Industrie und ihrer zunehmenden Bevorzugung der billigeren und willigeren weiblichen Arbeitskräfte zu erblicken haben. Verhältnismäßig am stärksten — 1,4 Millionen — ist bei der Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte das Handelsgewerbe beteiligt, das von jeher, ähnlich wie die Landwirtschaft, der weiblichen Tätigkeit, vor allem auch der mithelfenden Tätigkeit von Familienangehörigen, weitesten Spielraum bot. Relativ am stärksten ist der Anteil der weiblichen Personen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe mit 60,7 v. H. aller Beschäftigten, nächst dem die Textilindustrie mit 57 v. H. und das Bekleidungs-gewerbe mit 52,1 v. H. In den übrigen Gewerben beträgt der Anteil der Frauen weniger als die Hälfte der gewerbetätigen Personen. Am geringsten ist dieser Anteil im Bergbau mit 0,9 bzw. 1,5 und im Baugewerbe mit 1,7 v. H.

Eine eigenartige Erscheinung ist bei dem Handels- und Verkehrsgewerbe festzustellen. Während die Zahl der Betriebe in Industrie und Handwerk sich nur um 2 v. H. und die Zahl der dort Beschäftigten um 26,8 v. H. erhöhte, ist in Handel und Verkehr die Zahl der Betriebe ganz beträchtlich, von 1,0 auf 1,4 Millionen = 38,6 v. H. und der Beschäftigten von 3,0 auf 4,2 Millionen = 38,0 v. H. gestiegen. An dieser Steigerung ist überwiegend der Handel beteiligt. Im Jahre 1907 betrug die Zahl der Handelsbetriebe 696 792 mit 1 955 684 beschäftigten Personen. Demgegenüber waren 1925 insgesamt 1 127 835 Betriebe mit 3 115 608 beschäftigten Personen vorhanden. Die Handelsbetriebe haben sich also um 62, die von ihnen beschäftigten Personen um 59 v. H. vermehrt. Hiervon entfallen auf den Großhandel 174 242 Betriebe mit 831 784 Beschäftigten, auf den Einzelhandel 673 322 Betriebe mit 1 532 942 beschäftigten Personen. Wie schon früher für einzelne Orte festgestellt werden konnte und nunmehr allgemein nachgewiesen wird, hat eine außerordentlich starke Ausblühung des Einzelhandels, besonders der kleinen und kleinsten Betriebe stattgefunden, eine Entwicklung, die zu der sich in der Industrie vollziehenden Konzentration in schroffem Gegensatz steht. Der größte Teil dieser Betriebe ist in der Nachkriegszeit entstanden und hat dieser Zuwachs erheblich dazu beigetragen, eine Senkung der Preise zu verhindern. Die Krise hat die Zahl dieser Betriebe nicht wesentlich vermindert, was vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bedauerlich werden muß, weil es sich dabei zum großen Teil nur um recht fragwürdige parasitäre Existenzen handelt.

Weit stärker als die Verwendung menschlicher Arbeitskraft ist die der motorischen Arbeitskräfte gestiegen. Diese Steigerung geht — wie schon die verhältnismäßig geringe Zunahme der Betriebe anzeigt — Hand in Hand mit deren Vergrößerung. Die industrielle Konzentration ist noch keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Insgesamt verwendeten von den festgestellten 3,5 Millionen gewerblichen Betrieben 548 000 = 15,9 v. H. Kraftmaschinen einschließlich Kraftfahrzeugen. Im Jahre 1907 erzeugten die in der Industrie zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten sogenannten Primärmaschinen (Wind-, Wasser- und Dampfkraftmaschinen) rund 6,2 Millionen, Elektromotoren 1,5 Millionen Pferdekraft. Die Kraftzeugung der Primärmaschinen ist inzwischen nur auf 6,4 Millionen, die der Elektromotoren dagegen auf 12,3 Millionen PS = 663,5 v. H. gestiegen. Dabei ist die Verwendung von Elektromotoren noch allenthalben in rascher Zunahme begriffen.

Nicht minder erheblich ist die zunehmende Verwendung von Kraftfahrzeugen, worunter alle mit motorischer Kraft betriebenen Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, Lokomotiven, Triebwagen, Schiffsmaschinen usw. fallen. Die Leistung der gesamten in Industrie und Gewerbe verwendeten motorischen Fahrzeuge beziffert sich auf 37 Millionen PS, wovon 3,6 Millionen PS im Dienste der Industrie, 33,1 Millionen im Handel und Verkehr tätig sind. Der Hauptanteil hiervon, nämlich 27,4 Millionen PS entfallen auf die beiden großen Verkehrsanstalten Reichsbahn und Reichspost, 2,1 Millionen PS finden in der Schifffahrt Verwendung. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die industrielle und technische Entwicklung seit der letzten Berufszählung unaußersöhnlich fortgeschritten ist und noch forschreitet. Die produktive Leistungsfähigkeit der Arbeit hat unter dem Einfluß der verstärkten Anwendung arbeitsparender Maschinen gewaltig zugenommen, die Produktion ist gesteigert und verbilligt worden, was eine bessere Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse gestattet. Wenn die Arbeiterklasse von einer Besserung noch nichts bemerkt, Mangel, Not und Arbeitslosigkeit herrschen, so nur deswegen, weil die Macht der organisierten Arbeiterkraft noch nicht zureicht, diesen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründeten Widerstand zu beseitigen. Mtt.

## Aus Mitgliederkreisen zum Verbandstage.

### Gewerkschaftliche Alters- und Invalidenunterstützung.

Das stark ausgebaute Unterstützungswesen der Gewerkschaften hat im allgemeinen in den Verbänden vor und bei Einführung der einzelnen Unterstützungsweize zu starken Auseinandersetzungen geführt, und noch bis zum heutigen Tage spielen Anhänger und Gegner oftmals deswegen aufeinander. Während die Anhänger auf dem Standpunkt stehen, daß das weitverzweigte Unterstützungswesen der Gewerkschaften den Mitgliedern einen starken Rückhalt gibt und sie insbesondere davor schützt, aus Not zu Lohndrückern ihrer Kollegen zu werden und so die Arbeitsverhältnisse systematisch zu verschlechtern, sehen die Gegner in dem Unterstützungswesen eine Gefahr der „Verlumpfung der Gewerkschaften“, d. h. Abwendung von ihrem Ziel, weil ein stark ausgebautes Unterstützungswesen die Kampfkraft der Gewerkschaften erschüttern könnte. Das Letztere dürfte durch die bisher getätigten Tarifverträge und der sonstigen Erfahrung als erledigt zu betrachten sein. Nun haben sich in letzter Zeit mehrere Verbände mit der Frage „Einführung der Invaliden- und Altersversorgung“ beschäftigt. So hat zum Beispiel der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes am 10. und 11. März dieses Jahres seine grundsätzliche Zustimmung

zu ihrer Einführung gegeben und hat ferner die Mitteilung des Vorstandes begrüßt, eine dahingehende Vorlage auszuarbeiten, die nach ihrer Fertigstellung den Mitgliedern zur Stellungnahme rechtzeitig unterbreitet werden soll. Weiter sehen wir, daß diese Unterföhrungseinrichtung bisher schon in acht freigewerkschaftlichen Organisationen eingeföhrt ist und laut Bericht sich auch vorzüglich in diesen Verbänden bewährt hat. Um auch diesem Unterföhrungswesen innerhalb unseres Verbandes Eingang zu verschaffen, haben wir uns veranlaßt geföhrt, dem Verbandstag einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten. Wir glauben, durch seine Einführung die Fluktuation in der Organisation ganz erheblich zu vermindern, was auf der einen Seite eine Erhöhung der Kampfkraft bedeuten würde. Betrachten wir uns einmal die uns vom Staate bei Invalidalität auszahlende Rente, so erscheint es in erhöhtem Maße angebracht, nicht nur für die Erhöhung dieser Rente einzutreten, sondern sie bisher in allen sozialen Fragen dem Staate wegweisen voranzugehen, durch die von den Gewerkschaften immer geübte Selbsthilfe. Als grundsätzliche Befürworter der Hilfe des Verbandes für die Kollegen in jeder Lebenslage können wir diese Neuerung innerhalb unserer Organisation nur warm empfehlen. Die von den Gegnern jeder Unterföhrungseinrichtung bisher beliebte Argumentation, „Schwächung der Kampfkraft“, dürfte vor allem hier nicht stichhaltig sein, da der für diesen Zweck zu entrichtende Beitrag unabhängig ist von dem üblichen wöchentlichen zu leistenden Beitrag und eine Schwächung unserer Finanzen nicht bedeuten kann. Wir möchten uns vertragen, in diesem Rahmen auf Einzelheiten einzugehen, es wird dies bei Annahme unseres Antrages durch den Verbandstag Aufgabe des hierfür bestellten Gremiums sein. Nur auf eins sei in diesem Zusammenhang hingewiesen, daß die bisherige Mitgliedschaft im Rahmen der Möglichkeit Berücksichtigung finden möge. Wir hoffen, daß der Verbandstag dieser Neuregelung seine Zustimmung nicht versagen wird, damit innerhalb des Verbandes ein neues Bindeglied geschaffen wird, das die Mitglieder mit ihrer Organisation bis zum späten Lebensabend verbindet.

Stephan Lenz und Wilhelm Klüser, Gummersbach.

### Einföhhrung der Arbeitslosenunterföhrung im Verbands.

Dafür spricht manches, dagegen noch mehr! Kollege Beilharz hat in Nr. 13 des „Steinarbeiters“ einige Momente angeführt, die diesen oder jenen Kollegen veranlassen könnten, für die Einföhhrung der Arbeitslosenunterföhrung zu sein.

Was spricht nun dagegen? Wir können es ruhig aussprechen, daß ein Teil der Kollegen bei der jetzigen Beitragshöhe bleiben würde, also eine besondere Mehreinnahme für die Arbeitslosenunterföhrung von diesen nicht zu erwarten wäre. Es gibt eben dauerlicherweise noch Kollegen, die schwer zu richtiger, das heißt statutengemäßer Beitragsleistung zu erziehen sind. Die Erfahrung lehrt uns, daß es gerade diejenigen sind, die den Unternehmern in einer Lohnzahlung vier, fünf und mehr Mark an Lohn schenken, indem bewußt und unbewußt unter Tarif gearbeitet wird. Kollege Beilharz schreibt: Die nackte staatliche Erwerbslosenunterföhrung ist viel zu gering. Das ist richtig, wir wissen aber, daß die Reichsregierung bzw. der Reichstag mit seiner bürgerlichen Mehrheit gegen eine Erhöhung dieser Söhre ist, weil — nun weil die Gewerkschaften an die Mitglieder auch noch Erwerbslosenunterföhrung zahlen. Als Gewerkschaften haben wir andere Aufgaben, als wie dem Staate seine Verpflichtungen — gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise — zu erleichtern. Berechnungen ergeben noch weiter, daß, wenn eine größere Wirtschaftskrise hereinbräche, der erste größere Teil der erwerbslosen Kollegen die Unterföhrung erhalten würde, der andere Teil, der später den Anspruch erhebt, müßte abgewiesen oder der Kampffonds angegriffen werden. Wer könnte beides verantworten?

Ein anderer Artikel in Nr. 13 des „Steinarbeiters“ wirft die Frage einer Invaliden- und Altersversicherung auf. Es befähigt sich schon größere Verbände damit (Metallarbeiter). Aber bei aller Hochachtung vor den Kenntnissen dieser Kollegen; es gibt doch ein anderes Mittel, den alten abgearbeiteten Kollegen zu einem einigermaßen auskömmlichen Lebensunterhalt zu verhelfen. Die Beiträge wären vorhanden, es brauchen nur die ungeheuren Summen, welche an die Offiziere der früheren Armee ausbezahlt werden um neun Zehntel gekürzt und der dann übriggelassene Teil an die Invaliden- und Altersrentner zur Auszahlung gelangen. Es liegt bei der gesamten Arbeiterschaft, zur gegebenen Zeit auch richtig zu handeln, und wenn wir unser Augenmerk darauf richten, jeder an seiner Stelle das in dieser Hinsicht bestehende Unrecht zu bekämpfen, so ist die Möglichkeit gegeben, eine Volksvertretung zu wählen, die wirkliche Sozialpolitik treibt. Dabei wird unseren Allen besser und mehr gebient, als wenn die Gewerkschaften ihre Kräfte auf zu vielen Gebieten verzetteln, alles auf Kosten der Kampfkraft.

B. G.

## Die christliche „Steinarbeiter-Zeitung“ hat die Sprache verloren.

In Nr. 6 des „Steinarbeiters“ haben wir einwandsfrei nachgewiesen, wie gewissenlos die Mitglieder der christlichen Organisation durch ihre Verbandsinstanzen über sehr wichtige Vorgänge unterrichtet werden. Wir haben diesen Herren mehrere Fragen zur Beantwortung vorgelegt, um dadurch auch in den Reihen der christlich organisierten Steinarbeiter die so notwendige Aufklärung zu schaffen. Nach sehr langem Besinnen bringt jetzt endlich die christliche Steinarbeiterzeitung die entsprechende Antwort und diese lautet:

„Wir haben gar keine Ursache, auf die vom Steinarbeiterverband gestellten Fragen einzugehen.“

Den christlich organisierten Steinarbeitern bleibt es ja überlassen, ob diese sich mit dieser Antwort ihres Organs auf unsere Fragen abfinden. Wir müssen aber an dieser Stelle feststellen, daß das christliche Organ unsere Fragen deshalb nicht beantwortet, weil sich das christliche Organ mit der Beantwortung unserer Fragen eine unsterbliche Blamage geholt hätte, weil zweitens das christliche Organ seinen Lesern nicht bestätigen will, daß die in Nr. 2 des christlichen Organs aufgestellten Behauptungen un w a h r sind. Gerade diese unehrliche Kampfweise des christlichen Verbandes ist die Ursache, daß wir diesen Herren den gemühten Gefallen nicht erweisen und den „Degen“ nicht einstecken können. Das Interesse unserer Kollegen erfordert es vielmehr, daß auch der Christ seinem Degen besonders den Herren christlichen „Arbeitervertretern“ gegenüber stets bereit hält.

Chr. G.

## Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Gespeert:

1. Gau NW: In Verden a. d. Aller für Steinseher die Kanalisierung wegen Nichtzahlung des Tarifs. — Anklam für Steinseher. — In Jbbendüren die Firmen Buchter, Hollweg und Kämpers. Die Tarifanerkennung fehlt von diesen Firmen.

2. Gau. Breslau für Steinmehren wegen Tarifföndigung.

3. Gau. In Mittweida der Betrieb der Fa. KnoII und die Firma Hofmann „Eichberg“ (Streit).

4. Gau. In Greiz (Vogtl.) das Steinseher- und Tiefbaugeschäft Dettel u. Kopffleisch wegen Nichterpeiterung des Tarifs. Die Firma führt in Weimar, Thüringen, größere Arbeiten aus, deshalb Vorsicht. — In Jessau (Steinmehren) wegen Nichterpeiterung des Tarifs und Währegelung die Firmen: Jakob Melcher, Max Sträß und E. Wendenburg. — Die Baustelle des Steinseherbetriebes von Chr. Hohe in Süplingen, Bornum, wegen Nichtanerkennung der tariflichen Stundenlöhne. — In Nordhausen und Umgegend verweigern sämtliche Steinsehergeschäfte die Anerkennung des Mitteldeutschen Tarifvertrages. — In Weicha b. Leipzig besteht anscheinend ein Abkommen des Unternehmers, das die persönliche Unabhängigkeit der Kollegen bei Arbeitsplatzwechsel aufhebt. Der hiesige Steinbruchbesitzer möchte deshalb von Arbeitsangeboten verschont werden, zumal auch über die Grundtarife noch keine Verständigung erfolgen konnte. — In Altenburg das Steinseher- und Tiefbaugeschäft von Emil Daßler wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages.

5. Gau: In Eiberfeld ist der Marmorbetrieb W. Vogler u. Co., Inhaber W. Wiens in Unter-Barmen zu meiden wegen Nichterhalten des Tarifs. — Die Ruhrlandsteinbetriebe der Firma Weidemann (Essen) in Heisingen und Rettwig.

6. Gau: Mittel- und Südbaden. Für die Betriebe der Pflasterstein- und Werksteinbranche haben die Unternehmern den Lohnarif gekündigt mit der Absicht des Lohnabbaues. Die Betriebe sind deshalb unter allen Umständen zu meiden!

8. Gau: In Koburg der Pflasterbetrieb der Fa. Knoch wegen Nichtanerkennung des Steinseher tariffs.

Streit:

4. Gau: In Gotha Grabmalgeschäft R. Herr. — In Zena Steinmehren. — In der Altmark Steinseher. — In Halle Steinmehren.

6. Gau: In Rheinheim, Odenwald, Steinmehren bei der Firma Dr. A. Reidhardt, vorm. Frohmann u. Co.

Erledigt: Der Streit in Oerholz-Obernitzchen mit Erfolg. — Im Odenwald in der Werkstein- und Pflasterbranche.

Detmold. Wie uns von reisenden Kollegen mitgeteilt wird, ist es angebracht, vor einem Arbeitsangebot der Firma Karl Meier, Söhne Detmold, zu warnen. Die dort arbeitenden Steinarbeiter um bekommen keinen Lohn, weil es im Betriebe immer an Geldmitteln für Lohn fehlt. Einige Kollegen haben 800 Mark rückständigen Lohn zu fordern und um nun dort fortzukommen, haben sie sich Reisegeelder von der Fürsorge ausbändigen lassen. Darum Vorsicht! Wer sich vor Schaden schützen und nicht umsonst arbeiten will, meide die Firma!

## Am Donnerstag, 24. März, hatten die Steinarbeiter in Ostfria eine gewerkschaftliche Versammlung, in der 26 Neuaufnahmen

vollzogen wurden. Berufskollegen, macht das nach!

Grober Unfug. Wie der Ortsausschuß Leipzig berichtet, sollen nach ihm zugegangenen Mitteilungen etwa fünfzig Klagen von Klagen von der Firma Dr. Karl Meyer in Leipzig-Plagwitz am Amtsgericht laufen, die sich in den meisten Fällen gegen Arbeiter oder deren Frauen richten. Hundert solcher Termine hatte am 18. März 1927 ein einziger Amtsrichter zu erledigen. Etwa 160 bis 200 Termine stehen täglich an. Drei Angestellte der Firma vertreten täglich diese Klagen. Von Köln, Jlimauer, Berlin und anderen Orten eilen die Befragten nach hier. Unser Arbeitersekretariat erhält täglich aus allen Städten des Reichs Aufträge zur Vertretung solcher Klagen vor dem hiesigen Amtsgericht. Und um was geht es dabei? Ueber das ganze Reich ist ein Heer von Auftragsbevollmächtigten tätig, die ihren Opfern unter allerhand Rebenwendungen das Buch „Dr. Königs Ratgeber in gesunden und kranken Tagen“ (Preis 25 Mk.) aufschwätzen. Ueber den Wert oder Unwert dieses Buches soll nichts gesagt werden. Wogegen man sich aber wenden muß, ist, daß die Befragten gedankenlos jeden Bestellschein unterschreiben, ohne sich der Tatsache bewußt zu sein, daß sie einen Kaufvertrag unterschrieben haben, den sie erfüllen müssen. Das Objekt ist 25 Mk. Hat der Auftragsbevollmächtigte den Bestellschein und 6,25 Mk. Anzahlung, die seine Provision ist, dann liefert die Firma per Nachnahme. Die Annahme der Sendung wird in den meisten Fällen verweigert, es wird hin- und hergeschoben, und dann flattert der Zahlungsbefehl ins Haus; es wird Widerspruch erhoben, und dann kommt der Termin. Der Kläger legt den Bestellschein vor, ist der Beklagte nicht erschienen, ergeht „antragsgemäß Versäumnisurteil“, und in einer halben Stunde sind 80 bis 100 solcher Termine erledigt. Der Beklagte hat dann noch die Kosten des Verfahrens zu tragen und ist außerdem noch verurteilt, den Kaufvertrag zu erfüllen, d. h. er muß die Bücher abnehmen.

Diese Art des Warenverkehrs bleibt nicht nur auf Bücher beschränkt, sondern erstreckt sich auf alle möglichen und unmöglichen Dinge, z. B. Broschen, elektrische Apparate, Wäsche usw. Diesem Treiben muß Einhalt geboten werden durch entsprechende Aufklärung in der gesamten Arbeiterpresse, voran die Gewerkschaftspressen. Es muß dahin gewirkt werden, daß alle diese Dinge, die von sogenannten Auftragsbevollmächtigten oder Reisenden in den Wohnungen der Arbeiter angeboten werden, durch unsere eigenen Unternehmungen, Buchhandlungen und Konsumvereine, ebenso und dann noch billiger bezogen werden können. Wer z. B. Wäsche kaufen will, soll sich an seine Genossenschaft, wer Bücher kaufen will, an seine Buchhandlung wenden. Wer dann trotzdem noch seinen Bedarf in anderen als seinen Unternehmungen deckt, soll, wenn sich daraus Klagen ergeben, auch die Konsequenzen tragen.

Arbeitsgerichtsgefetz und Betriebsräte. Mit dem 1. Juli 1927 wird das neue Arbeitsgerichtsgefetz in Kraft treten. Es soll den Anfang bilden zu einer Vereinföhrung des ganzen Arbeitsrechtes. Da ist es eine besondere Aufgabe der Betriebsräte, sich mit den Bestimmungen vertraut zu machen. Soweit handwerkliche Betriebe in Betracht kommen, schreibt das Gefetz zwingend die Bildung besonderer Handwerkskammern vor. Im übrigen gehören alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis in Zukunft vor die Arbeitsgerichte, selbst wenn der Streit nur einen losen Zusammenhang mit dem Arbeitsvertrag hat.

Neu ist in diesem Zusammenhang, daß auch die Gewerkschaften künftig als Korporation, d. h. als Vereinigung das Recht der Klagerhebung haben. Ebenso ist das Klagerrecht des Betriebsrates erweitert, als Vertreter einer Korporation, in diesem Falle als Vertreter der Belegschaft.

Das Gefetz läßt zu, die Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Tarifvertrag von den neuen Arbeitsgerichten wegzunehmen und vor tarifliche Schiedsgerichte zu bringen. In der Regel scheint es

## Die Frau des Steinarbeiters und die Gewerkschaft.

Als ich die Abhandlung „Aus dem Wetterwinkel“ vom Steinklopfer-Hannes im Steinarbeiter vom Sonnabend, dem 19. März, las, sagte ich zu mir in Gedanken: „Wie ist es nur möglich, daß es noch Frauen geben kann, die ihrem Mann, der um das tägliche Brot so schwer zu kämpfen hat, solche Schwierigkeiten machen, wenn er sich gewerkschaftlich betätigen will?“ Die Frau soll eigentlich froh und stolz sein, wenn man ihrem Mann eine Vertrauensfunktion anbietet. Ist doch noch lange nicht jeder in der Lage, einen verantwortungsvollen Posten auch auszuföhren. Eine Arbeiterfrau muß besonders bestrebt sein, ihren Mann in allen Dingen zu unterstützen und wenn nun alle Frauen so kurzichtig sein wollten, wie die geschilderte, dann allerdings gäbe es ja nichts als Klagen und Jammern. Der Verband, also die Gewerkschaften, sie müssen sein, denn nur ein kollegiales und solidarisches Zusammenarbeiten kann erst ermöglichen, daß bessere Löhne herausgeholt werden. Auch die Frau soll und muß viel mehr um das öffentliche Leben kümmern; sie soll mit Interesse die Zeitungen, besonders den „Steinarbeiter“, lesen. Die Arbeiterfrau vor allen Dingen soll auch zu Fragen im öffentlichen Leben, zu allen kulturellen Fragen Stellung nehmen. Sie muß ebenfalls sich ernstlich bemühen, weitzumachen, was in den Verbandsjahren an ihr an Schulung, Weibbild und Aufklärung verläumt wurde und sie wird nun versuchen, auf eine höhere geistige Stufe zu gelangen. Sie muß auch von ihrem Manne in betriebswirtschaftlichen wie überhaupt in seinen Berufsfragen Aufschluß verlangen und muß möglichst mit ihm gemeinsam Versammlungen besuchen. Was sie dort nicht recht verstanden hat, muß sie sich in gemeinsamer Aussprache mit ihrem Manne klarlegen lassen. Und lesen wir Frauen aufmerksam die Zeitungen, dann finden wir, wie von Seiten der Gegner der Lohnarbeiter, auch der Unternehmern, alles versucht wird, um unsere Kulturbestrebungen möglichst zu unterdrücken. Die Arbeitgeber wissen zu gut, daß ein denkender aufgeklärter Mensch als Arbeiter ihnen gefährlich sein und werden kann. Deshalb beschäftigen sie auch lieber solche, die denkfaul und die für nichts Interesse haben, was über die Arbeitsfrage hinausgeht. Die Frau soll es sich also angelegen sein lassen, sich mehr als bisher um die Gewerkschaft des Mannes zu kümmern; denn die Frauen haben doch die großen Sorgen ums tägliche Brot, um Wohnung und Kleidung ihrer Lieben. Die meisten haben Kinder zu erziehen oder sich um den Beruf der Heranwachsenden zu kümmern. So oft lange Arbeitszeit unserer Männer zwingt uns Frauen, so manche verantwortungsvolle Aufgabe zu lösen, die wir bei kürzerer Arbeitszeit mit unserem Lebensgefährten gemeinsam vollbringen könnten. Na, viele von uns leiden unlagbar unter wirtschaftlicher Not und unzulänglichen Wohnungen. Die Frauen kennen wohl ihre Leiden, aber so manche gibt sich keine Rechenschaft darüber, daß diese Zustände wenn nicht heute, schließlich auch nicht morgen, doch in Zukunft geändert werden können und damit unseren Kindern ein schöneres menschlicheres Dasein geschaffen werden kann. Das aber nur, wenn die Frauen der Arbeiter sich mehr

wie bisher um die Angelegenheiten „draußen in der Welt“ kümmern werden, wenn sie erkennen werden, daß die eigenen vier Wände und was drinnen ist nicht allein ihre Arbeitskraft und ihr geistiges Interesse erschöpfen dürfen. Sehr gut wäre es sicherlich, wenn die Frauen der Steinklopfer ab und zu gelegentlich fröhliche Nachmittage abhalten würden, um für einige Tagstunden Last und Sorge zu vergessen. Sie lernen sich hier besser kennen bei gegenseitiger Aussprache. Ein tüchtiger Referent soll zur Stelle sein, um die Frauen für die Gewerkschaft zu interessieren. Dann könnten sie sich mit ihrem Lebensgefährten besser unterhalten, dann kann mancher ehelicher Zwiespalt schon im Keime unterdrückt werden. Nun will ich aber auch den Männern, den Kollegen, ein paar Worte widmen, denn sie sind nicht ganz so schuldlos. Vor allen Dingen, ihr Steinklopfer aller Gattungen, nehmt eure Frauen mit in eure Versammlungen, haltet sie nie davon zurück. Die Frauen sollen hören, wie ihr für den knappen Lohn ringen und kämpfen müßt, dann werden die Frauen gewiß einsichtiger werden und den Kampf des Lebens mit euch Seite an Seite aufnehmen. Gleichzeitig will ich aber auch den Männern, die da an den Steinen herumhocken oder die mit Ramme und Spaten auf der Straße sich betätigen, zurufen: Auch unter euch gibt es noch sehr, sehr viele, die wenig Interesse für den Verband zeigen! Helft gemeinsam mit den Steinklopferfrauen diese Saumseligkeit aufzurütteln.

Maria Koch, Düsseldorf.

## Das Zittauer Heimatmuseum.

Im Mitteilungsblatt Nr. 5, 1927, Sachsen, Heimatdienst, schildert unter genannter Ueberschrift der Gründler und Leiter der naturwissenschaftlichen Abteilung des Heimatmuseums, Herr Dr. Heinke, die Bedeutung und den Zweck des Museums. Unsere Verbandsmitglieder auch außerhalb der Lausitz werden diese Schilderung nicht ohne Nutzen lesen:

„Im Sommer 1923 wurde nach längeren Umbauten das Stadtmuseum in Zittau eröffnet, im Herbst darauf im Johanneseum das Heimatmuseum für Geologie und Vorgeschichte. Es ist vorderhand auf Steine und vorgeschichtliche Funde unserer Heimat beschränkt. Zur notwendigen Ergänzung gehören noch heimatische Pflanzen und Tiere: Erst dann wird sich der Ring schließen zwischen der Landschaft und ihren Bewohnern.“

Das Museum will zeigen, welche lange Entwicklungsgeschichte unsere Heimatgeschichte durchgemacht hat, ehe sie ihr heutiges Aussehen annahm. Die ausgestellten Steine und Bilder und vorgeschichtlichen Funde beschränken sich in der Hauptsache auf ein Gebiet, das man jedesmal auf eine Tageswanderung von Zittau aus erschließen kann, d. h. die Südböhmisches und das angrenzende Böhmen. Entsprechend der außerordentlichen Mannigfaltigkeit unserer Heimatnatur wurde ebenso das Allgemeinbildende hervorgehoben, so daß auch der Fremde eine Fülle von Anregungen erhält. Nach einer Uebersicht über die Entstehungsarten der Gesteine — immer an Beispielen aus der Heimat erläutert — entrollt sich die lange Reihe der Bilder unserer heimatischen Landschaft zu den verschiedenen geologischen Zeiten: das Meer, auf dessen Grund

Schiefer und Grawacke entstand, die Aufwölbung dieser Schichten und das Empordringen des Granits mit seinen Ganggesteinen; dann die Abtragung dieser Massen und die Bildung von Sandstein zur Kreidezeit; wir sehen, wie durch Zerbrechen der Erdscholle die inneren vulkanischen Kräfte wieder ausgelöst werden und Basalt und Klingstein zutage fördern, sehen an Bildertafeln und Modellen die Entstehung des Zittauer Beckens mit seinen Schichten an Braunkohle, und erleben im Geiste die furchtbare Zeit, wo nordische Gletscher ihre riesigen Eismassen über das einst fruchtbare, sonnige Land wälzten und nach ihrem Abschmelzen gewaltige Schotter hinterließen.

Uebersichtliche Beschriftung und Erläuterungstafeln erleichtern es auch dem Laien und dem das Museum nur flüchtig Besuchenden, sich rasch zurechtzufinden unter den vielen hundert Fundstücken und Bildern. Besonderer Wert wurde auf Gliederung und pädagogische Durcharbeitung des umfangreichen Materials gelegt. So ist zwischen Stein, Bild, Schrifttafel und Modell ein organischer Zusammenhang geschaffen.

Luft und Liebe zur Heimat und die Erkenntnis, daß der Heimatboden Eigentum aller ihn bewohnenden Menschen ist, waren die Triebfedern bei der Schaffung des Museums. Es wuchs heraus aus der Zusammenarbeit von Erwachsenen und Jugendlichen, aus Wanderungen, Unterricht und Arbeit am Studiertisch. Jeder lieferte nach Kräften: Geistes- oder Handarbeit, oder Baumaterial, oder ein auszustellendes Objekt selbst. Geldmittel standen kaum zur Verfügung. Daß das Museum in seinem schlichten Äußeren sich als ein Kind seiner Zeit verrät, erhöht nur seinen inneren Wert. Die Zeitgedanken, die alle besetzten, die an seinem Aufbau halfen, will es weitertragen und von neuem erwecken Liebe zur Heimat, besonders bei der Jugend, will — auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut — ein Bild von der Entstehungsgeschichte unserer Heimatnatur geben (und zwar in volkstümlicher, d. h. auch dem Nichtfachmann verständlicher Art). Es will kein wissenschaftliches Institut sein, wohl aber der Heimatforschung den Boden bereiten, die Stellen aufweisen, wo auch der Laie mitsehend tätig sein kann. Es legt nicht Wert auf Vollständigkeit, wohl aber auf Güte der Ausstellungsgegenstände.

Dies geschieht durch vielseitige Verknüpfung des Anschauungsmaterials von Gesteinen (Mineralien, Gesteine, Verfeinerungen), Bildern und Karten sowie Erläuterungstafeln. Dazu gibt es dann Ergänzungsammlungen, ferner Lichtbilder, Negative, Schriften und Schriftennachweise.

Und so beleben sich die toten Steine und fangen an zu erzählen. Da sagt uns z. B. der altherwürdige Granit, daß er zwar in der Hauptsache aus Feldspat, Quarz und Glimmer besteht, daß sich aber gelegentlich Duzend andere Mineralien in ihm finden. Als glutföhriger Brei ist er einst aus der Tiefe gequollen, aber in einem dicken Mantel von Schiefer und Grawacke stecken geblieben, die zu alpenhöhen Gebirgen aufgetürmt wurden. Und erst nach dem diese Hülle in unendlich langen Zeiten verwirrt und abgetragen war, konnte er selbst zutage treten, um nun seinerseits der Zerstörung anheimzufallen und aus seinen Bestandteilen neues Gestein zu bilden. So ist er nur ein Glied in dem ewigen Kreis-

nicht angebracht, die Tarifparteien mit einer solchen juristischen Mehrarbeit zu belasten. Wo es aber dennoch geschieht, hat der Betriebsrat die Aufgabe, diese Bestimmung genau im Auge zu behalten.

Besondere Einzelheiten bedürfen eines genauen Studiums der ganzen Materie. Bisher war es meistens, z. B. in Streitfällen betr. den Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern in erster Instanz an den bisherigen Arbeitsgerichten endgültig zu entscheiden. In wichtigen Fällen ist heute eine Berufungsmöglichkeit nach dem neuen Gesetz §§ 8, 63 usw. gegeben.

In vielen Fällen werden gerade Betriebsratsmitglieder künftig, mit einer Prozessvollmacht ihrer Organisation ausgerüstet, den Verband an den Arbeitsgerichten vertreten. Hier muß besonders darauf hingewiesen werden, daß eine Freistellung von der Arbeit nur dann zulässig sein wird, wenn es sich um Streitigkeiten und Vertretung der eigenen Belegschaftsmitglieder handelt. Für die Vertretung von Verbandskollegen aus fremden Betrieben muß der Betriebsrat seine Freizeit benutzen. Urlaub verlangen kann er zu diesem Zweck nicht! Also Achtung!

**Von den Gefahren der Steinbrucharbeit.** Unfall durch Sprengschuß. In dem Steinbruch der Firma Krämer in Schären entzündete sich am 18. März beim Laden eines Sprengschusses plötzlich die Pulverladung. Hierdurch erlitten der Schießmeister und ein Arbeiter schwere Verbrennungen im Gesicht und an den Händen. — So zu lesen in einer Dortmunder Zeitung. Unsere Kollegen berichten davon nichts!

### Steinarbeiter.

**Gau 6, Karlsruhe.** Die Unternehmer der Granitwerksteinbetriebe in Mittel- und Südbaden haben durch Anschlag in ihren Betrieben bekanntgegeben, daß die Arbeiter, wenn sie sich nicht dazu bereit erklären, ab 1. April zu den bisherigen Löhnen weiterzuarbeiten, es ihnen anheimgestellt sei, die Arbeit einzustellen. Dieses Vorgehen der Unternehmer ist in der Sache genau daselbe wie im vergangenen Jahre, diesmal nur in der Form der verkappten Aussperrung, denn die Unternehmer nehmen doch sicher nicht an, daß sich die Arbeiter so ohne weiteres mit ihrem Diktat einverstanden erklären. Zum näheren Verständnis für diesen durch das rigorose Vorgehen der Unternehmer hervorgerufenen Kampf weisen wir darauf hin, daß den Kollegen durch ein ähnliches Vorgehen im vergangenen Jahre eine 10-13prozentige Lohnreduzierung aufgezwungen wurde. Die Steinarbeiter haben nun vor einigen Wochen an die Unternehmer die Forderung gestellt, daß ihnen diese 10 Prozent auf ihren Lohn wieder zugelegt werden, damit sie dann wenigstens ihren alten Lohn von 1925 wieder erreichen. Die Unternehmer schrien aber ob dieser berechtigten Forderung Jeter und Mordio. In dieses Geschrei stimmten auch jene Firmen ein, die glauben, auf ihre angebliche Arbeiterfreundlichkeit sich etwas Besonderes zugute tun zu können. Durch ihr Verhalten in diesem Falle merkt man aber nur zu deutlich, welcher Art diese Arbeiterfreundlichkeit ist. Wenn die Unternehmer wirklich etwas soziales Verständnis für die Lage ihrer Arbeiter hätten, dann würde es ihnen doch wohl nicht so unmöglich gewesen sein, angesichts der Tatsache, daß seit der letzten Lohnregelung sich die Lebenshaltung weiterhin verteuert hat, sich mit den Arbeitern und ihren Verbandsvertretern über die Neuregelung der Löhne zu verständigen. Statt dessen suchen sie sich als die starken Männer aufzuspielen, um durch die verdeckte Aussperrung die Arbeiter auf die Kniee zu zwingen. Gegenüber einem solchen Vorgehen müßten sich die Steinarbeiter der mittel- und südbadischen Granitwerksteinbetriebe wie ein Mann erheben und endlich ein jeder Arbeiter in diesen Betrieben einsehen, daß er sich gegen solche Gewaltakte nur wehren kann, wenn sich alle dem Steinarbeiterverband anschließen. Das schärfste Vorgehen der Unternehmer zeigt aber doch den Arbeitern mit wünschenswerter Deutlichkeit, wessen sie sich zu versehen hätten, wenn sie ohne Verband vollständig schutzlos diesen Unternehmern ausgeliefert wären. Die Herren würden sich wahrscheinlich auch gar keine Gewissensbisse machen, auf die Vorkriegslohnätze zurückzukommen, denn das ist ja schon immer ihr sehnlichster Wunsch gewesen.

Der Verband der Arbeiter und diese selbst werden es sich ernstlich überlegen, ob es ferner noch im Interesse der Arbeiter liegt, bei Vergabung von Arbeitsaufträgen durch die staatlichen und kommunalen Behörden sich weiterhin dafür einzusetzen, daß diesen Unternehmern in erster Linie diese Aufträge überwiesen werden. Denn Unternehmer, die so rigoros an ihren Arbeitern handeln wie es hier von den Unternehmern der mittel- und südbadischen Granitwerksteinbetriebe geschieht, können nicht

lauf allen Geföhens. Flüsse\* graben in seinen Leib tiefe Täler. Wind und Wetter formen an seinen plumpen, ungefügten Massen die sonderbarsten Felsgestalten, die vom Hauch der Sage umweht werden, wo heidnische Volkstämme ihre Blutopfer darbrachten. Wir sehen aber in dem Granit nicht minder den brauchbaren Werkstein, den in unserer Lauteilende schwieriger Hände aus den Bergen brechen und bis ans Meer hin verfrachten. Und ebenso weiß ihn der Landwirt zu schätzen, denn der zu Ackererde vermischte Granit gibt unseren Pflanzen alle wichtigen Nährstoffe.

Auch der Sandstein ist nicht bloß als eine Anhäufung von Sandkörnern, die durch Kiesel, Kalk, Ton oder Eisen ver kittet sind. Er ist aus Verwitterungsprodukten des Granits entstanden und ein Kind des Meeres. Ja, er hat die untrüglichen Laufzeugen mit eingebettet: Muscheln, Schnecken und Seeigel, Korallen und Schwämme. Aus dem Meere ist er aufgetaucht; aus dem ehemals eisförmigen Tafelland zauberte die Verwitterung eine kaum übersehbar Formfülle von Kuppen und Gloden, Mauern, Türmen und Pfeilern mit ihren Nischen und Höhlen und phantastischen Felsbildern. Da gibt es einen Löwen, eine Schildkröte, brütende Henne, Spühn, einen Großvater, eine Hege und vieles mehr. So lockt diese Formenvelt Tausende in ihr Reich. — Dem Baumeister und Bildhauer von heute ist der Sandstein wertvoll, wie schon vor 1 1/2 Jahrhunderten den einheimischen Künstlern, die aus ihm prächtige Türstöcke in Waltersdorf, Zonsdorf und Großhönau meißelten und den Mönchen, die vor mehr als 1/2 Jahrtausend das Kleinod der Klosterkirche auf dem Oybin geschaffen haben.

Und was sagen uns Basalt und Klingstein? Doch wohl mehr, als daß sie aus dem jenem Material zusammengesetzt sind. Sie, die heute die höchsten Gipfel unserer Berge einnehmen, stecken einst als Glutbrei in den tiefsten Tiefen. In dünnen Spalten zwängten sie sich durch Granit und Sandstein ans Licht des Tages oder flossen als weite Decke über ihre Felsunterlage oder wölbten sich fuppelartig empor. Ja, unsere Berge mit dem schönsten Fernblick waren einst Bomben- und Aschschleuderer, Lava speiende Vulkane.

Auch die Braunkohle ist uns nicht bloßer Heizstoff. Erzählt sie uns doch von Sumpfwäldern, die in unserer Heimat wuchsen und dann von Schlutt und Schlamm zugeschüttet wurden, bis man sie jetzt wieder aus ihrem Grabe heraufholt. Südländisches Klima verraten sie, vor allem die Tier- und Pflanzenreste im Diatomeenschiefer von Seiffenensdorf.

Draußen an der Weinau liegt ein gewaltiger Felsblock. Fremdländisch ist sein Aussehen, Skandinavien seine Heimat. Gletscher brachten ihn heran in frostigen, schnee- und eisreichen Zeiten, als sich schon in bevorzugteren Gegenden die ersten Menschen hervormagten. Da erstarrte unsere Heimat noch in einem Eispanzer von 200 bis 300 Metern Mächtigkeit.

Hochgebirge, Meer, Binnensee, Sumpf, Eismüste, das alles war unsere Südbadischer Heimat, ehe denn der Mensch einzog und erst aus Feuerstein Werkzeug und Waffen schlug, dann die Bronze goß, Lehm zu Urnen formte, und zuletzt das Eisen schmiedete.

mehr erwarten, daß die Arbeiterchaft noch ein ernstliches Interesse an der Erhaltung ihrer Betriebe hat. Die Unternehmer mögen versichert sein, daß die Steinarbeiter den Forderungsauftrag aufnehmen, den sie ihnen mit ihrem Aushang in den Betrieben hingeworfen haben; denn unsere Kollegen wissen sich mit jedem gerecht denkenden Menschen einig, daß ihre Forderung, die ja nur das wieder herzustellen soll, was sie schon an Lohn lange Zeit vorher gehabt haben, vollaus gerechtfertigt ist. Allen Arbeitern aber in den Betrieben der Granitwerksteinindustrie, die bisher ihrem Verband noch immer ferngeblieben haben, rufen wir dringend zu, sich nun endlich dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands anzuschließen.

**Häslig, Sa.** Am 11. und 16. März fand in Gersdorf und Häslig je eine gutbesuchte Versammlung statt, in ersterer war Bezirksleiter Gibowsky anwesend. In längerer, interessanter Ausföhrung erklärte er den Begriff „Kapital“ im engeren und weiteren Sinne und die Lohnarbeit. Im Zusammenhang damit schildert der Redner die Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaften und ermahnte die Kollegen, jeden noch abseits Stehenden für die Gewerkschaftsbewegung heranzuziehen und selbst tatkräftig an der Aufwärtsentwicklung der Arbeiterchaft mitzuarbeiten. Reichler Beifall lohnte den Vortragenden. Koll. Hübner erläuterte die Gründe, die für den Vorstand der Zahlstelle maßgebend waren, Kollegen Gibowsky zum Delegierten und Thomshke als Stellvertreter zum Verbandstag vorzuschlagen. Der kommende Verbandstag stand im Mittelpunkt des Ganges und wurden verschiedene Vorschläge und Anträge eingebracht. Der 1. Mai soll dieses Jahr besonders würdig begangen werden. Ein Ausschuß wurde mit den Vorarbeiten betraut. Nachdem noch verschiedene örtliche und betriebliche Verhältnisse besprochen wurden und ihre Erledigung fanden, betonte Kollege Hübner nochmals die Mitarbeit jedes Kollegen.

**München.** Am 12. März fand im Gewerkschaftshaus unsere Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Verlesen des Protokolls. — Behandlung des Antrags Kollinger. — Einführung eines Akkordrechnungskurses. — Stellungnahme zum Verbandstag. — Aufstellung eines Delegierten. — Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Kollege Kollinger ein Wort über den Ableben des Kollegen Peterel bekannt. Die in großer Not sich befindenden Hinterbliebenen erhalten 50 Mk. aus der Lokalkasse. Der Steinmetz Kollinger beantragte Wiederaufnahme in den Verband, dem er bei Ausbruch des Streiks 1925 den Rücken gewendet hatte. Er erklärte sich mit den Aufnahmebedingungen, die von der Versammlung gestellt wurden, einverstanden. Mit 27 gegen 22 Stimmen wurde die Wiederaufnahme beschlossen. — Der Einführung eines Akkordrechnungskurses wurde zugestimmt. Die zahlreichen Anträge, die zum Verbandstage eingereicht wurden, konnten fast durchwegs debattelos angenommen werden. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Vorsitzender Kollege Kollinger einstimmig in Vorschlag gebracht. Ein Antrag, der fordert, daß sämtliche Versammlungsbesucher mit einer Strafe belegt werden sollen, wurde abgelehnt, jedoch einstimmig beschlossen, daß mit aller Energie die Werkstättenagitation für besseren Versammlungsbesuch betrieben wird. Ein Antrag, daß bei einer Belegschaft von mindestens fünf Mann ein Kollege zur Teilnahme an den jeweiligen Bestattungen abkommandiert wird, wurde gegen eine Stimme angenommen. Zu lebhafter Debatte gestaltete sich die Mietpreiserhöhung. Die Kollegen forderten, scharfsten Protest beim Reichsbzw. Landtag einzureichen. Eine entsprechende Resolution fand Annahme. Von erwerbslosen Kollegen wurde energisch auf die Mißstände am städtischen Arbeitsamt hingewiesen. Vom ersten Tage des Stempels sind dort die größten Widerwärtigkeiten zu bestehen. Die Ortsverwaltung wurde aufgefordert, in einem Schreiben an das Gewerkschaftsamt auf die Zustände am Arbeitsamt hinzuweisen und unverzüglich eine schnellere Abwicklung der An- und Abmeldungen der Erwerbslosen zu fordern. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten schloß mit dem Hinweis auf einen besseren Besuch der nächsten die gegenwärtige Versammlung.

**Magen.** Am 6. März fand im Verkehrslokale Kalenborn, Sahnstraße, eine Bezirkskonferenz statt. Vertreten waren sämtliche Zahlstellen des Bezirks. Aus dem Kassen- und Geschäftsbericht 1926 des Bezirksleiters Koll. Schmitt war zu entnehmen, daß trotz der schweren wirtschaftlichen Lage die Mitgliederzahl stabil und die Kassenverhältnisse als gut zu bezeichnen sind. Infolge der wirtschaftlichen Krise hatte der Bezirk sehr schwer unter der Erwerbslosigkeit zu leiden, wodurch sich auch die Arbeit des Bezirksleiters erheblich vermehrte. Teilweise waren bis zu 91 Prozent der Mitglieder erwerbslos. Nachdem die Betriebe im Frühjahr wieder geöffnet wurden, waren im Laufe des Geschäftsjahres in der besten Zeit immer noch 26 Prozent der Mitglieder erwerbslos. Die große Erwerbslosigkeit, die schon früh im Herbst 1925 einsetzte, benutzten die Unternehmer und kündigten den Lohnsatz am 7. Oktober zum 7. November und beantragten eine Lohnreduzierung von 5 Prozent für die Basaltlava-Industrie. Nur die große Not der Steinarbeiter gab dem Industrieverband Veranlassung, diesen Weg zu beschreiten. Die Gewerkschaften forderten eine berechtigte Lohnreduzierung von 10 Prozent und riefen das Tarifamt an. Der Industrieverband befaßte nun seinen Mitgliedern, ab 23. November den um 5 Prozent reduzierten Lohn zur Auszahlung zu bringen, was auch befolgt wurde. Auch in der Tuff- und Trafindustrie wurden die Löhne diktatorisch abgebaut. Alle Tarifinflationen mußten durchgegangen werden, und erst am 19. März sind wir unter Mitwirkung des ständigen Schlichters für den Bezirk Rheinland für die Basaltlava-Industrie zum Lohnabschluß bis zum 28. Februar 1927 gelangt. Für die Tuffstein- und Trafindustrie haben wir ebenfalls unter großen Anstrengungen, bedingt durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer, zu Lohnabschlüssen gelangen können, ebenfalls bis zum 28. Februar 1927. Trotzdem in der Tuffsteinindustrie die Löhne um 5 Prozent abgebaut waren, versuchten die Unternehmer im Juni des Berichtsjahres nochmals einen 12prozentigen Lohnabbau durchzuführen. Dies glückte jedoch nicht und konnte der Lohn mit 73 Pfg. und die Akkordbasis mit 30 Prozent gehalten werden. Alles in allem kann gesagt werden, daß Anorganisierte und auch die freiwillige Heberarbeit, insbesondere in der Basaltlava- und Trafindustrie diese Unternehmermaßnahmen begünstigten. Auch wegen der Urlaubsgewährung mußte zuerst flagbar vorgegangen werden, ehe sich die Unternehmer bequemen, den Urlaub zu geben. Durch Betriebsstilllegung suchte sich ein Teil der Unternehmer an der Urlaubsgewährung vorbeizudrücken, doch haben wir Urteile erzielt, wonach der Urlaub doch gewährt werden muß. Viel Mühe und Arbeit brachte die Erwerbslosenfürsorge durch die allzu engherzige Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen durch die ausführenden Personen in den unteren Verwaltungsstellen. Auch die Notstandsarbeiter werden nicht immer so behandelt, wie es der Gesetzgeber will. Insbesondere verlangen wir den Tariflohn für Arbeiten gleicher Art auf dem freien Arbeitsmarkt, menschenwürdige Unterbringung usw. Der beim Landesarbeits- und Berufsaussch. in Düsseldorf bestehende Sachausschuß für die Steinindustrie hat sich sehr um die Vermittlung erwerbsloser Steinarbeiter aus dem hiesigen Gebiet bemüht. Diese Bemühungen können jedoch solange nicht von Erfolg gekrönt sein, als die Steinarbeiter an der Ruhr, die Steinbrecher, Ripper, Stöcker usw. des öfteren anfordern, nicht für menschenwürdige Unterkunft in jedem Falle Sorge tragen. Geregelt Lohn- und Arbeitsbedingungen kennt man dort selten und sogar ist es vorgekommen, daß nicht einmal das notwendige Handwerkzeug zur Verfügung gestellt wurde, weshalb die Vermittelten wieder abreisen mußten. Unter diesen Umständen erscheint es begreiflich, daß der Arbeitsnachweis Magen nur noch dorthin Leute vermitteln will, wo annehmbare Zustände geschaffen sind. — In der Debatte sprachen sämtliche Redner dem Kollegen Schmitt das Vertrauen aus. Bei geheimer Stimmabgabe wurde Kollege Schmitt einstimmig wiedergewählt. Bei der Wahl des Bezirksvorstandes wurde Koll. Jakob Haupt als Obmann auch wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde unter anderem auf die Gaukonferenz in Elberfeld und den Verbandstag in Frankfurt a. Main hingewiesen und Anregungen gegeben. Koll. Haupt forderte noch zu reger Beteiligung an der Maifeier auf. Ferner wurde die Festsetzung der Sprechstunden dem Koll. Schmitt überlassen. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, schloß der Obmann um 6 Uhr die Versammlung.

**Uttenglan.** Am Sonntag, dem 12. März 1927, hielten die Zahlstellen Uttenglan, Mühlbach, Bedesbach und Bolenbach in dem Lokal Cappel eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Anwesend war Bezirksleiter Kollege Gras. Die Versammlung war gut besucht. Kollege Gras referierte. Dem Zentralvorstand wurde zugestimmt, daß der 20prozentige Lokalteil an den Beitragsmarken ganz an die Hauptkasse abgeführt wird. Hierfür muß die Hauptkasse die gesamten Bezirksauslagen übernehmen. Die von dem Zentralvorstand gedachten 5 Prozent extra nebst Einführung der Erwerbslosenunterstützung (?) wurden einstimmig abgelehnt. Die Einführung der Invaliditäts- und Unfallversicherung wurde gegen 3 Stimmen gutgeheißen. Der Reichsarbeitsvertrag soll für den 31. Dezember 1927 gefündigt werden. Vorgeschlagen zum Verbandstag wurden Bezirksleiter Kollege Gras und Kollege August Schlimmer, Uttenglan. Dabei wurde noch einstimmig beschlossen, daß die Bezirksleiter, ohne gewählt zu sein, dem Verbandstag mit beratender Stimme beizumohnen können. Zum Schluß berichtete Kollege Gras über den Schiedspruch vom 26. Februar 1927. Danach wurde die Versammlung geschlossen mit der Mahnung, daß jeder Kollege den Verband nach innen und außen vertreten soll zum Wohl und Wehe der Kollegen und ihrer Familie.

**Maroldsweierbach.** Am Samstag, dem 5. März, fand hier Versammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung waren alle Kollegen erschienen. Nachdem Vorsitzender Schmitt den 1. Punkt, Vorschlag eines Delegierten, bekanntgegeben und auf die Wichtigkeit des Verbandstages hingewiesen hatte, wurde Kollege Wilh. Fiedler in Vorschlag gebracht, als Erzhmann Joh. Schwert, Pfaffenborn. Betreffs Anträge zum Verbandstag wurden verschiedene gestellt; jedoch sollen diese auf der Gaukonferenz gemeinsam besprochen werden. Als Delegierter wurde ebenfalls Koll. Wilh. Fiedler bestimmt. Als weiterer Punkt der Tagesordnung war Vortrag über den vom 14. bis 16. Februar stattgefundenen Wanderkursus in Würzburg. Er wurde vom Kollegen Fiedler gehalten. Nachdem er den Kollegen die Wichtigkeit dieser Wandertour im einzelnen vor Augen geführt hatte und dabei besonders betonte, daß gerade diese Kurse für die ländlichen Zahlstellen von großem Werte sind, weil vielerorts noch sehr die Aufklärung mangle, fand dieses bei den anwesenden Kollegen allgemeinen Beifall mit dem Bemerkten, daß der Zentralvorstand diese Kurse weiter abhalten soll, eventuell weiter ausbauen möge. Der weitere Vortrag des Kollegen Fiedler über gewerkschaftliche Entwicklung und Frühkapitalismus wurde in kurzen und verständlichen Worten vorgebracht. Am Schluß ermahnte er die Kollegen zur treuen Mitarbeit an unserer Organisation, denn aus dem Gehörten können sich die Kollegen ein Bild machen, unter welchen schwierigen Verhältnissen die früheren Gewerkschaften entstanden und wie schnell sie wieder durch Staatsgewalt hinweggefegt wurden, daher muß es unser eifrigstes Bestreben sein, fest zu unserer Organisation zu stehen. Denn nur in ihr haben wir eine feste Stütze für unsere weitere Lebenslage. Dieser Vortrag fand allgemeinen Beifall mit dem Wunsche, es möchten solche weiter folgen. Am 1. April soll deshalb wieder Versammlung stattfinden und soll da über weitere Entwicklung der Gewerkschaften Vortrag gehalten werden. Mit einer Ermahnung des Vorsitzenden Schmitt, daß ein jeder Kollege seine Beiträge richtig entrichtet, fand die Versammlung ihr Ende. (Niemals 2 Seiten beschreiben. Red.)

### Steinseher und Pfisterer.

**Reichenbach (Schlesien).** Am Sonntag, dem 6. März, hielten die Filialen Reichenbach und Schobergrund im „Friedlichen Tal“ in Schobergrund eine kombinierte Versammlung ab. Zweck derselben war, ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen den Nachbarfilialen im Verbands- und Lokallinteresse zu fördern. Nach dem Verlesen einiger Schreiben gab Kollege Fellbaum einen Bericht von der Bezirkskonferenz in Trebnitz, die zu den gegenwärtigen Lohnverhandlungen Stellung genommen hatte. Die Arbeitgeber lehnen jegliche Lohnreduzierung ab und fordern Weiterbestehen der alten Lohnsätze um ein weiteres Jahr. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß die Arbeitgeber um eine Lohnreduzierung nicht herumkommen und forderte vor allen Dingen eine Erhöhung der Kammer- und Hilfsarbeiterlöhne. Folgende Resolution des Kollegen Fellbaum wurde einstimmig angenommen und an den Gauleiter abgeleitet:

„Die kombinierte Versammlung von Schobergrund und Reichenbach beantragt, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen mit allem Nachdruck darauf hingewirkt wird, daß die Spanne zwischen Steinseher- und Kammerlohn bedeutend verringert wird, desgleichen die Spanne zwischen Kammer- und Hilfsarbeiterlohn.“ Unter Verschiedenem wurde betont, daß man dieses Jahr bei der guten Konjunktur auf die unorganisierten Kollegen ein besonderes Auge richten muß und wo sie auftauchen, sie sofort der Organisation zuföhren. Desgleichen muß versucht werden, die übermäßigen Lehrlingsgehälter mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten der Filialen besprochen waren, schloß Kollege Dorn die gut besuchte Versammlung. Die Filiale Schobergrund war vollständig erschienen.

**Zabowitz.** Bei der am 27. Februar 1927 stattgefundenen Generalversammlung wurden der 1. Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Erhard Zabel, als 2. Kassierer Koll. Joseph Grieger und als stellv. Schriftführer Koll. Stephan Slasky gewählt. Als Hilfskassierer wurden gewählt: Für Zabowitz Hratschein, Leimert; Steinseher Joseph Janik; für Branik, Kaldaun, Boblowitz: Steinseher Erhard Zabel; für Nastedel, Krautkau, Osterwitz: Kammer Bruno Marek; für Dirschkowitz, Welowitz: Steinseher Joseph Turek; für Steubermitz: Steinseher Ernst Malich; für Bauerwitz: Steinseher Leo Klement. Als Revisoren wurden die Kollegen Joseph Stawarz I und Joseph Grieger gewählt. Die Kollegen werden nochmals daran erinnert, zu der nächsten Versammlung pünktlich und vollständig zu erscheinen.

**Hedersleben.** Versammlung vom 13. März 1927. Die Rechnungslegung von 1926 wurde für richtig erklärt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurde beschlossen, dem Kassierer zehn Prozent von der Gesamtsumme der verkauften Waren zu bewilligen. Weiter wurde beschlossen, daß sämtliche Kollegen, die der Filiale angehören, und die auswärtigen Kollegen, die hier bei der Firma arbeiten, pro Woche 10 Pfennig Ertragsbeitrag zu entrichten haben. Die Versammlung war vollständig besucht, denn sämtliche Kollegen hatten sich eingefunden. Zum Schluß ermahnte Ludwig Wezel die Versammlung, unsere Organisation hochzuhalten.

**Stettin.** Die Bezirkskonferenz für den Regierungsbezirk Stettin tagte am 20. März 1927 im Lokale Otto Flich. Erschienen waren dreizehn Delegierte. Kollege Ma u eröffnete die Konferenz und erstattete Bericht über die Tarifverhandlungen und über die Jugendorganisation. In der Diskussion wurde das Verhalten der Stettiner Meister vom Kollegen Schenke kritisiert, weil diese am Ort die Jugendorganisation stark bekämpfen. Dessenungeachtet dürfen wir nichts unversucht lassen, die Lehrlinge in unseren Reihen aufzunehmen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung verliest der Bezirksleiter den Kassenbericht der Bezirkskasse und hebt darin hervor, daß dieser Bericht den Filialen zugeht, wie das im vorigen Jahre auch der Fall war. Als Kandidat für den Verbandstag wurde Kollege Ma u aufgestellt. Auf Antrag des Kollegen Schenke wurde Seifert, Danzig, als dessen Stellvertreter gewählt. Ein Antrag der Filiale Stargard zum Verbandstage wird angenommen. Ferner ein Antrag der Bezirkskonferenz: Der Verbandstag möge beschließen, den Verbandstag nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen, damit die Zahl der Delegierten erhöht werde. Mit einem kräftigen Appell an die Versammelten, immer mehr für ihre Zahlstellen zu wirken, schloß der Bezirksleiter die Konferenz.

\* Reife, Mandau, Löbauer Wasser, Spree.

**Halle.** Versammlung am 12. März 1927. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Beitritt zur internationalen Arbeiterhilfe. 3. Bericht von der Gaufonferenz Erfurt. 4. Verschiedenes. 1. Vom Ortsauschuß wird auf die kommenden Betriebsräte-wahlen verwiesen. Zur besseren Zusammenfassung der Betriebs-funktionäre sollen in der nächsten Zeit geeignete Veranstaltungen getroffen werden. Erneut erfolgt nochmals ein Hinweis auf das Werk des Koll. Knoll. Den Sektionsleitungen wird auf Grund der Wiederbelebung der Saisonberufe empfohlen, jetzt agitatorisch tätig zu sein zur Erfassung aller unter dem Banner der freien Gewerkschaften. 2. Annahme findet der Antrag: korporativ, in Höhe von 5 Mark monatlich, der Internationalen Arbeiterhilfe beizutreten, nachdem fast alleseitig die Tätigkeit der I.A.H. anerkannt wurde. 3. Aus dem Bericht von der Gaufonferenz war klar ersichtlich, daß zum Vorteil der oppositionellen Richtung ein ganz wesentlicher Unterschied in der Zusammen-fügung zu verzeichnen war gegen frühere Zusammenkünfte. Wes-sentlich war zu vernehmen, daß auch linksstehende SPD-Kollegen sich aus den Fesseln der Demokratie zu befreien ver-suchen, sich sogar schon befreit haben und als Befürworter der Diktatur auftraten zur Erreichung des Sozialismus. Der Antrag: Der Redakteur, Koll. Siebold, genießt nicht mehr das Vertrauen des Verbandstages, findet gegen eine Stimme bei 88 Dele-gierten Annahme. Mit knapper Mehrheit, 34 gegen 42 Stimmen, wird der Antrag, eine sechsgliedrige Kommission zur Ergründung der russischen Wirtschafts- und Berufsverhält-nisse zu wählen, abgelehnt. Ferner der Antrag: Die Unter-stützungseinrichtungen auszubauen (ausgenommen Streik, Ge-mahregelten- und Reiseunterstützung) wird abgelehnt. Er ist ein Zeichen dafür, daß es auf diesem Wege, wenn es so weiter geht, gelingen wird, unserer Organisation die Richtlinien zu geben, auf denen es aufwärts gehen kann. Die von der Zahl-stelle Halle gestellten Anträge zum Verbandstag, die von der Gaufonferenz abgelehnt sind, werden zurückgezogen. 4. Es wird beschlossen, bei einem Stundenlohn von 1.35 Mark pro Woche als Beitrag 1.40 Mark zu flehen. Der Vorstand wird beauftragt, zur Abhaltung eines Sommervergügens den großen Volksparkaal zu bestellen. Mit der Kandidatenaufstellung zum Verbandstag sollen sich die nächsten Sektionsversammlungen be-fassen.

**München.** In der am 9. März stattgefundenen Versammlung wurde der Bericht von der vor dem Landesamtlichen stattgefundenen Lohnverhandlung gegeben. Die Unternehmer beharrten auch hier wieder auf ihrem geforderten Lohnabbau von 20 Prozent. Nach langer Verhandlung erfolgte auf der Grundlage der bestehenden Löhne eine Einigung. Weiter wurden dem neuen Vertrage Ven-derungen in der Frage der Beihilfszahlung, der Lohnungsbe-dingungen und des Wochenschlusses eingefügt. Die bestehenden Ferien, die von Seiten der Unternehmer abgelehnt, wurden in der bisherigen Form beibehalten. In der Diskussion über diesen Be-richt wurden die Schwierigkeiten in den Vordergrund gestellt, die die Lohnkommission bei diesen Verhandlungen zu überwinden hatte. Betont wurde, daß die Kollegen zu aller Zeit ihre Pflichten gegen den Verband erfüllen müssen, dann werden die Unternehmer gar nicht mehr in der Lage sein, uns solche Lohnabzüge, wie die ge-fordert, zuzumuten. Nach der Aussprache erfolgte die Annahme des Resultates der Verhandlungen durch die Kollegen, zugleich wurde der Lohnkommission und insbesondere dem Fachgruppen-leiter Kollegen Dietl das uneingeschränkte Vertrauen ausgespro-chen. Weiter wurde beantragt, in Kürze eine Versammlung der Kammer stattfinden zu lassen, um eine Klärung ihrer Berufstragen zu ermöglichen, da jetzt eine ganze Anzahl Hilfsarbeiter mit Kam-merarbeiten neu beschäftigt werden soll. Dem wurde zugestimmt. In der nächsten Zeit finden unter Leitung des Obermeisters Ohmer die Wahlen zum Gesellenauschuß statt. Alle Kollegen müssen sich daran beteiligen, die bei Innungsmittgliedern beschäftigt sind. Als Kandidat zu den Verbandstagswahlen wurde einstimmig Kollege Henkelmann aufgestellt, dieser nimmt an der Pfälzerkonferenz in Nürnberg ebenfalls als Delegierter teil. In seinem Schluss-wort dankte Kollege Dietl für den außerordentlich guten Besuch der Versammlung und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß zum Gelingen der Organisation auch in allen kommenden Ver-sammlungen die Kollegen so zahlreich vertreten sein mögen. Durch diese Mitarbeit aller Kollegen werden wir unsere gewerkschaftlichen Aufgaben meistern können.

**Bayerische Pfistererkonferenz.** In Nürnberg fand am 27. März eine Konferenz der bayerischen Pfisterer statt, die von den Fach-gruppen München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Bamberg, Bayreuth, Hof und Regensburg besucht war. Kollege Linke (Leipzig) begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen, insbeson-dere die Kollegen von Regensburg, die zum ersten Male an einer solchen Tagung teilnahmen. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Linke als Vorsitzender und Kollege Hajold (Nür-nberg) als Schriftführer bestimmt. Im ersten Punkte der Tages-ordnung erstattete Kollege Linke einen Bericht über die Verhand-lungen zur Erneuerung unseres Reichstarifvertrages. Dabei be-tonnte er die Schwierigkeiten, die sich den Einfügungen der getroffe-nen Neuerungen gegenüberstellten. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die exaktere Fassung des beruflichen Geltungs-bereiches des Reichstarifvertrages angesichts der zahlreichen neueren Straßenbaumethoden eine Notwendigkeit war. Kollege Hajold als Mitglied des Verbandsbeirates berichtete über die Einstellung der Fachgruppenkonferenz für das ganze Reich in Düsseldorf. Die Änderungen wurden dort einstimmig angenommen, die vorliegen-den Einprüche gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zeigen nur die Schwäche der Position dieser Kreise und können keine Be-achtung finden. Ueber die Tarifbewegung, die jetzt erfolgreich in München beendet ist, gab Kollege Henkelmann ein anschau-liches Bild. Der Vertrag wurde von den Arbeitgebern zum Zwecke der Durchführung einer 18- bis 20prozentigen Lohnreduktion ge-fündigt. Nach Verhandlungen vor dem Schlichter gelang es, diese Lohnreduktion abzuwehren und verschiedene Unklarheiten des alten Vertrages von den Unternehmern, wie Kollege Hajold darstellte, aus den gleichen Motiven. In 10 Verhandlungen vor der Schlicht-ungsstelle ist es endlich zum Abschluß eines Vertrages gekommen. Weiter wurden die Bewegungen in Augsburg, Bamberg und Regensburg einer ausgiebigen Aussprache unterzogen und den Kol-legen praktische Hinweise gegeben. Als Delegierte zum Verbands-tage wurden die Kollegen Henkelmann (München) und Hajold (Nürnberg) einstimmig nominiert. Ebenso wurden einige Anträge an den Verbandstag beraten und angenommen. Zum Schluß er-stattete Kollege Linke einen Bericht über seine letzte Exkursion nach der Veruchstraße der bayerischen Regierung und schilderte seine Wahrnehmungen der dort eingebauten Straßendecken. Kollege Henkelmann unterbreitete in der gleichen Sache der Konferenz einen schriftlichen Bericht der Fachgruppe München über den augen-blicklichen Zustand der verschiedenen Straßendecken dieser Veruch-strasse. Das Kleinpflaster hat sich bestens bewährt, während der Beton große Risse zeigt. Andere Decken sind schon in umfang-reicher Weise ausgetauscht worden. Die Tätigkeit des Steinarbeiter-verbandes zur Erhaltung und Ausbreitung des Steinpflasters wurde in vollem Umfange anerkannt und eine weitere Arbeit in diesem Sinne als notwendig bezeichnet. Beschlossen wurde, daß die bayerischen Fachgruppen in Zukunft einen regeren Gedankenaus-tausch über vertragliche und berufliche Fragen angelegen sein lassen müssen. Für die Organisierung weiterer Kollegen wurden gute Fingerzeige gegeben. Im Herbst soll wiederum eine solche Konferenz in Bamberg stattfinden, um zu den neu auftauchenden Fragen Stellung zu nehmen.

**Rundschau.**

**Submissionsblüten.** Zur Pflasterung des Breitenwegs—Wit-tenberger Straße zu Dessau haben Angebote eingereicht: Gäbe 19 679,18 Mark, Sonntag 21 232,50 Mark, Franz 22 720,50 Mark, Prießlich-Dessau 24 993,51 Mark und Liebmann-Jahna 42 591 Mark. Es handelt sich hier um 1000 laufende Meter oder 10 000 qm. Der Steinleger Gäbe als Unternehmer hat nun vom Dessauer Bauauschuß die Pflasterung übertragen bekommen.



**Die Marke der organisierten Verbraucher!**  
**GEWERKSCHAFTEN, fordert nur**  
**GEG-ZIGARETTEN IN EUREM KONSUMVEREIN**

**Gewerkschaftliches.** Im Baugewerbe ist nunmehr wieder ein Reichstarifvertrag über das ganze Reich abgeschlossen worden. Die noch strittige Regelung der Arbeitszeit soll nach der geleglichen Regelung der Arbeitszeit nochmals verhandelt werden. Der Ver-trag enthält für beide Teile die Verpflichtung, alle Lohn- und Tarif-forderungen im Wege des Schiedsverfahrens zu erledigen. Der Vertrag gilt bis 31. März 1929.

**Das Reichsfinanzministerium vernichtet 140 Zentner Tabak.** In Darmstadt verweigerte vor kurzem, wie die Frankfurter Zeitung meldet, eine dortige Firma wegen der Höhe des Zolles die Annahme von 140 Zentnern Tabak. Das Reichsfinanzministerium gab darauf-hin die Anweisung, den Tabak zu verbrennen. Selbst dem Tabak muß diese Unsinnigkeit zuviel gewesen sein, denn er weigerte sich zu brennen. Die Stadt Darmstadt lehnte es überdies ab, auf ihre Kosten Benzin zu liefern. Nachdem dieses Experiment gescheitert war, wurde die große Menge Tabak in einen Teich bei Darmstadt versenkt. Wenn man diese Nachricht liest, sollte man meinen, wir befänden uns in einem Irrenhause. In Deutschland leben Millionen Menschen, denen es nur sehr schwer möglich ist, zur Aufrechterung ihres Gemütes etwas Tabakfabrikate zu kaufen. Deutschland ist ein Land, das den größten Teil des verbrauchten Rohtabaks ein-führen muß. Und da erleben wir, daß 140 Zentner Tabak von Brasilien nach Darmstadt geschafft und dort in einen Teich versenkt werden. Das ist der Gipfel der Unsinnigkeit!

**Internationales Steinarbeitersekretariat in Zürich**  
**An die Landesorganisationen.**

**Der VII. Internationale Steinarbeiter-Kongreß**

wird am 25. und 26. Juni 1927, Beginn morgens 9 1/2 Uhr, in Kopen-hagen (Dänemark) beginnen. Lokal wird noch mitgeteilt.

Zu diesem Kongreß sind alle dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Organisationen eingeladen, ihre Vertreter zu entsenden.

- Als Tagesordnung ist vorgesehen:
1. Wahl des Tagesbureaus.
  2. Berichterstattung des Sekretärs.
  3. Schaffung eines Kampffonds (Antrag Schweden, Norwegen und Dänemark).
  4. Eventuelle Änderungen des internationalen Reglements
  5. Statistikk.
  6. Arbeiterschutz im Berufe.
  7. Anträge (eventuell Studienreise Amerika).
  8. Wahl des Sekretärs und der Sekretariatskommission.
  9. Verschiedenes.

Anträge zu dieser Tagesordnung sind bis 20. Mai an den Unterzeichneten einzusenden und werden alle vorliegenden An-träge den Verbänden bis Ende Mai noch übermittelt.

- Den Delegierten zur Beachtung:
1. Die Zahl der stimmberechtigten Delegierten ist im internatio-nalen Reglement festgelegt.
  2. Die gewählten Delegierten sind ersucht, ihre Nomination und Adressen dem Unterzeichneten raschmöglichst mitzuteilen.
  3. Die Delegierten sind ebenfalls ersucht sich beim Verträuens-mann in Dänemark: Carl Andersen, Bissengade 1, Cöbenhavn (Dänemark) anzumelden unter Angabe ihrer Ankunft in Kopen-hagen.
  4. Für Uebersetzer wird gesorgt.
  5. Der 27. Juni wird zur Besichtigung dänischer Steinbrüche auf der Insel Bornholm reserviert.
  6. Die Delegierten aus Budapest, Wien, Prag, Zürich, Leipzig und eventuell Brüssel und Paris finden sich am 23. Juni in Berlin ein und melden ihre Ankunft an Gustav Nitsche, Berlin SO, Engelufer 25. Abfahrt Berlin am 24. Juni, morgens 8 Uhr, Steintiner Bahnhof.
  7. Die Delegierten Hollands passieren Hamburg—Warnemünde.
  8. Gemeinsame Abfahrt Warnemünde am 24. Juni, 12.55 Uhr. Ab Warnemünde ist Billett 2. Klasse zu lösen.
  9. Die internationale Kommission versammelt sich am 24. Juni, abends 8 1/4 Uhr, im Hotel in Kopenhagen.

Rob. Kolb, Zürich, Hardastr. 11.

**Das Monopol der Gewerkschaften.** In den Blättern der Unter-nehmer wird seit Wochen und Monaten wieder einmal zum Sturm geblasen auf die bevorzugte Stellung der Gewerkschaften im heu-tigen Staat. Nimmt ein Minister Führung mit den „anerkannten“ Gewerkschaften, sollen sie die Vorschlagslisten für soziale Wahlen aufstellen oder soll den Verbänden der Arbeiter sonst irgendein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden, — immer wieder weisen diese Art Zeitungen darauf hin, daß die Gewerkschaften kaum noch ein Drittel der deutschen Arbeiterschaft organisiert haben und in-folgedessen kein Recht auf eine solch bevorzugte Behandlung hatten.

Wir möchten an dieser Stelle einmal an die Unternehmer die Frage richten, ob sie bereit sind, bei ihren eigenen Angelegenheiten dieselben Maßstäbe anzuwenden? Wie sieht es heute z. B. in den Handelskammern aus? Kenner der Verhältnisse wissen ganz ge-nau, daß es in Unternehmerkreisen auch verschiedene Strömungen und Richtungen gibt. Es gibt auch Tausende von Firmen und Ar-beitgebern, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und demzufolge auch keine Vertretung in den Handelskammern haben. Die Verbände der Unternehmer sind vielfach eine Zwangsorgani-sation. Die Tätigkeit des Kartellgerichts beweist, wie unzu-frieden bereits Mitglieder dieser mit der Politik und Geschäfts-gebarung dieser Organisation sind. Die Unternehmer müßten dann doch eigentlich nach den Grundsätzen, die sie auf die Arbeiter und Angestellten angewendet wissen wollen, den nicht eingetragenen Firmen gleichfalls eine Vertretung sichern.

Wer sich ohne Schuld fühlt, der werfe den ersten Stein auf sie. . . Wer aber selbst im Glashaufe sitzt, der soll nicht mit Stei-nen werfen. Oder wünschen die Unternehmer weitere Beispiele ihrer ganz demokratischen Ansichten?

**Industrie und Landwirtschaft in der Regierungskoalition.** Die Textil-Zeitung brachte kürzlich einen Artikel, worin sie darüber Klage führte, daß die nichtlandwirtschaftlichen Kreise in der jetzigen Regierungskoalition zu wenig berücksichtigt würden. Diese hätten nur 28 Stimmen gegenüber 221, die die Landwirtschaft für sich in Anspruch nehmen könne. Das genannte Blatt ermahnt deshalb die Führer der Industrie, aus ihrer Reserve herauszugehen und sich zur Uebernahme eines Abgeordnetenmandats bereit zu erklären. „Wir sind davon überzeugt“ — hieß es wörtlich — „daß es allen Parteien, besonders auch der jetzigen Regierungsmehrheit, außer-ordentlich erwünscht wäre, weniger Angehörige aus der Beamten-kategorie, dafür aber mehr führende Köpfe aus Industrie und Handel, Praktiker des wirtschaftlichen Lebens der Nation zu Parla-mentariern zu haben.“ Die politische Abtinnung der Industrie, so-weit die Abgeordnetentätigkeit in Frage kommt, soll uns hier weni-ger beschäftigen. Wichtig ist aber die Feststellung, daß die jetzige Regierungsmehrheit zu sieben Achteln aus landwirtschaftlichen Ver-tretern besteht.

**Zur Ordnung im Beitragsbuch!**  
Es ist immer der Beitrag im Mitgliedsbuch oder Interims-larie wöchentlich fällig, wie die neueste Ausgabe des „Stein-arbeiter“ numeriert ist.

**Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.**

- Grünberg.** Am 1. Osterfesttag, nachmittags 2 Uhr, Mit-gliederversammlung in La waldau bei Fr. Walter.
- Steinach.** Für die Arbeitsunfähigen Kollegen Karl Qued, Mar-tus Linß, Otto Luthardt, früher in den Staatsgriffelwerken, und Christ-Bach, früher bei der Firma Mohr und Löhrs beschäftigt, gingen auf Sammellisten ein für die Erstgenannten 97 Mark (dar-unter 25 Mark für eine Vorhandsskizung der Allgem. Ortsstran-ken-lasse Steinach) und 24,50 Mark für den letztgenannten Kollegen. — Den Gebern im Namen der Unterstützten herzlichen Dank.  
S. A.: Gg. Linß-Bef.
- Mühlbach.** Am Donnerstag, dem 14. April, nachmittags 2 Uhr, findet in Mühlbach, Wirtschaft von R. Geiger, Bezirks-versammlung statt. Alle Kollegen im Bezirk müssen daran teilnehmen.
- Germerode.** Am 1. Feiertag, nachmittags 2 1/2 Uhr, Versamm-lung im bekannten Lokal. Alles zur Stelle.
- Dessau.** Berichtigung. In dem Bericht der Bezirkskonferenz in Nr. 12 ist in den Zahlen der Bezirkslisten-Abrechnung eine Ver-wechslung vorgekommen. Richtig rangiert sieht es so aus: Ein-nahme 311.90 Mark, Ausgabe 116.70 Mark, Bestand 195.20 Mark. Paul Höhne, Bezirkskassierer.

**Adressenänderungen.**

5. Gau: Trier. Vorj.: Karl Schneider, Spirostr. 23. — Dorn, Post Verchlag, Krs. Waldröhl, Rhld. Kass.: Paul Dillenhöfer. — Ramen i. Westf. Vorj.: Johann Beiter, Bahnhofstr. 32. Kass.: Christian Ley, Südkamen, Post Ramen, Westf.
7. Gau: Selbik. Kass.: Max Schindler, Sellanger, Post Köditz. — Friedenfels. Vorj.: Georg Schultes, Frauenreuth, Post Friedenfels.
9. Gau: Fehrl-Rishausen. Vorj.: Adolf Wilhelm Groth. —

**Briefkasten.**

J. J. Einsweiler. Zweifelloß kann der Nachbar seinen Best-stand behaupten. Durch das bisherige Tragen der Steuern und der Umlagen für das Stül Land wird das Eigentumsrecht nicht berührt und erst recht nicht aufgehoben.

**Anzeigen**

**Berlin. Steinhauer.**

Die Versammlung der Steinhauer findet des Osterfestes wegen nicht am 17. April, sondern bereits am 10. April 1927 statt.

**5 Steinsetzer und 3 Rammer**  
für Baustelle Koltz bei Parchwitz (Kleinpflaster)  
P. Burkert, Parchwitz a. d. Mauer (Kreis Liegnitz)

**Tüchtigen Steinmetz**  
auf rot Meißner Granit stellt sofort ein  
Adolf Lorenz, Rottewitz  
Abteilung: Granitsteinbruch Meißner-Riesenstein

**10 bis 12 Steinsetzer**  
auf Kleinpflaster sucht  
Heinrich Döring, Steinsetzm.  
Horschdorf b. Hirschb./Schl. Schriftl. Meldung, erwünscht.

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweißstahl  
Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern auch nach außerhalb  
Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

**6 Steinhauer und 4 Hand- u. Maschinenschleifer**  
gesucht. Reichslohntarif und Orts-zulage. Reisevergütung. Einreise-erlaubnis ist nicht mehr erforderlich.  
Granit- und Diabaswerke Baumholder Paul Burger, Ing., Baumholder, R.-B. Trier

**Tüchtige Steinrichter**  
für Granit stellen ein  
Braunlager Granit- und Schotterwerke  
Werk Braunlage (Oberharz)

**Stärke Arbeitsanzugsstoffe**  
Muster u. Preisliste von Berufs-kleidung für Steinarbeiter sendet 4 Wochen zur Wahl frei Haus  
Spezialfabrik für Berufskleidung  
Emil Hohlheidt, Dresden 6.

**Pflasterhämmer**  
sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag.  
Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager  
Berlin N. 20, Hochstraße 19.

Tausende Steinarbeiter tragen meinen handgearbeiteten  
**Garantie-Steinbruchsuh**  
schwere Ausführung 14.— Mk., leichte Ausführung 12.50 Mk. Hunderte vorliegende Anerkennungs-schreiben beweisen die Qualität und die zweck-entsprechende Verarbeitung. Nichtgefallendes nehme ich gegen Rückgabe des Betrages zurück. Porto zur Hälfte, bei 4 Paar und mehr portofrei.  
Hermann Welbers, Berufsschuhwerk, Bad Godesberg a. Rh.

**Gestorben.**

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In Breitenborn am 24. Februar der Hilfsarbeiter Rudolf Schultz, 37 Jahre alt, Lungenentzündung (2 Wochen krank).
- In Ramenz am 14. März der Granitsteinmetz Willi Mann, 30 Jahre alt, Herzschlag.
- In Tröstau am 16. März der Hilfsarbeiter Karl Judas, 36 Jahre alt, Schlaganfall (43 Wochen krank).
- In Bihofsgrün am 18. März der Hilfsarbeiter Johann Glaser, 45 Jahre alt, Schlaganfall (drei Wochen krank).
- In Penig am 22. März der Brecher Gustav Stein, 56 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben.
- In Striegau am 23. März der Brecher Eduard Süllendach, 79 Jahre alt, Altersschwäche.
- In Kaiserslautern am 23. März der Sandsteinmetz Jakob Patzha, 55 Jahre alt, Lungentuberkulose (1 1/2 Jahr krank).
- In Ströbel am 25. März der Pflastersteinmacher Joseph Grünert, 69 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben.
- In Pirna am 27. März der Steinmetz Georg Strepler, 53 Jahre alt, Lungenentzündung (zwei Wochen krank).

Chre ihrem Andenten!

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.  
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig

Kandidaten zum Verbandstag.

Bei Nennung der Wahlkreise ist der erste und letzte Ort nach der Wahlkreiseinteilung wie in Nr. 9 des „Steinarbeiters“ veröffentlicht, angegeben.

Steinarbeiter.

- Wahlkreis 1. Gau: NO-NW Delegierte
1. Berlin. Joseph Jung und Bodo Willig; beide in Berlin 1
2. Danzig-Wejermünde. Artur Rasper-Königsberg, Richard Schütt-Rostock, Gustav Franz-Stettin 1
3. Bremen-Osnabrück. Karl Neumann-Hamburg, Hubert Rohlfeder-Osnabrück 1
2. Gau.
4. Striegau. Gustav Müller, Alois Gortdt, Wilhelm Krußke, Richard Seidel, Gustav Rolke, Gustav Niefke; sämtlich von der Zahlstelle Striegau 3
5. Gorkau-Strehlen. Joseph Franke und Alfred Christ-Naasdorf, Fritz Häuser und Max Werner-Strehlen, Hermann Hentschel-Crummendorf, Paul Steiner-Nitlasdorf 2
6. Häslich-Ströbel. Otto Vogt, Fritz Prentzel, Heinrich Wittwer, Gustav Darisch; sämtlich in Häslich, Joseph Kreischa, Clemens Reimann, August Tiller; sämtlich in Ströbel 2
7. Ansdorf-Witzgiersdorf. Paul Hentschel-Königs-hain, Paul Herkner-Ansdorf 1
8. Girschsdorf-Niederlinda. B. Großmann-Niederlinda 1
9. Bunzlau-Bünzshelberg. Michael Königseder-Görlitz, Georg Eisenhauer-Bunzlau, Georg Lustig-Breslau, Fritz Beilharz-Löwenberg 1
3. Gau.
10. Löbau. Anton Worofsky, Hermann Jeschke, August Berger; sämtliche in Löbau 1
11. Demitz-Königsbrück. Oswin Anders, Arno Jeh, Richard Berge; sämtlich in Königsbrück, Alwin Schuster, Georg Stabler, Martin Mandel, Joseph Weber, Albert Markowiak; sämtlich in Demitz 3
Von Demitz waren zwei weitere Kandidaten gemeldet, die zwölf Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Diese können als Kandidaten nicht mit auf die Vorschlagsliste genommen werden. — Von den drei zu wählenden Delegierten erhält Demitz zwei und Königsbrück einen Delegierten. In Demitz sind zwei und in Königsbrück ein Name auf den Stimmzettel zu schreiben.
12. Häslich. Paul Gibowfsky-Kamenz, Rich. Tomshke-Häslich 1
13. Kamenz-Sproitz. August Schiefner, Emil Menschner; beide in Kamenz 1
14. Baugen-Sebnitz. Paul Thomas-Baugen 1
15. Dresden-Pirna. Paul Wittig und Artur Richter; beide in Dresden 1
16. Wurzen-Wildschütz. Gustav Johann-Dornreichendach, Hermann Pfütze-Wurzen 1
17. Hohnitz-Altschhausen. Oskar Müller und Karl Humann-Hohnitz 1
18. Altenhain-Grimma. Artur Jost-Altenhain, Emil Günther-Grimma 1
19. Beucha-Odrilla. Jof. Riedel-Beucha 1
20. Mittweida-Penig. Jof. Müller-Aue, Jof. Kunze-Mittweida 1
21. Leipzig I-Zittau. Erwin Melzer-Chemnitz, Kurt Weber-Leipzig, Kurt Gruber-Treuen 1
4. Gau.
22. Alvensleben-Süplingen. Otto Görde-Löbejün, Wilhelm Träger und Otto Heineke-Bernburg, John-Alvensleben 1
23. Gommern-Nienhüdt. Adolf Prokopp, Otto Göhring; beide in Gommern 1
24. Braunlage-Wieggersdorf. Hermann Lumme-Wernigerode, Hermann Bahls-Wolfshagen 1
25. Gahma-Wünshendorf. Guido Gebhardt-Langensalza 1
26. Aueleben-Wellerode. Konrad Reiss-Güterhagen, Georg Tde-Oberaula 1
27. Alfersleben-Zeitz. Aug. Reineke-Hannover, Karl Montag-Halle, Matth. Schneider-Kaumburg, Fritz Röder-Hildesheim 1
5. Gau.
28. Naach-Witten. Joseph Koch-Düsseldorf, Peter Bäsch-Ettringen, Jof. Hilger-Röhl, Scheffler-Dortmund, Wilhelm Reinhard-Bottrop 1
29. Grünitz-Uderath. Karl Marau-Dornap, Johann Eggert-Gruin 1
30. Gummersbach-Thomasberg. Stefan Lenz-Becke, Hermann Hensel-Bomig 1
31. Manen-Kottenheim. Heinrich Schmitt-Manen, Jof. Raes-Kottenheim 1
6. Gau.
32. Albersweiler-Peterzell. Michael Kau-Niederfirchen, Georg Held-Dossenheim 1
33. Altenglan-Herschwiler. Jakob Gras-Kammelsbach, August Schlimmer-Altenglan, Karl Neu-Haldsbach 1
34. Bühlertal-Karlsruhe. Franz Kaim-Kaunmünzach, Hans Fuchs-Kappelrodt, Karl Zeeb-Karlsruhe 1
35. Alzen-Lörrach. Karl Köhl-Freiburg i. B., Heinrich Müll-Mannheim, Wilhelm Grimmann-Mühlbach 1
36. Asbach-Neinheim. Friedr. Weidenhammer-Hemsbach, Fridolin Moosmüller-Seppenheim 1
7. Gau.
37. Hibling-Steinberg. Michl Heimkreiter-Metten, Karl Kollwagen-München 1
38. Höchstadt-Wunsiedel. Johann Rießling-Marktleuthen, Karl Walther-Niederlamitz, Hans Neupert-Schwarzenbach, Wolfgang Sigler-Wunsiedel 1
39. Floss-Tröfau. Hans Beeh-Gefrees, Willi Wirting und August Käpfer-Pilgramsreuth, Karl Wirtz-Floss, Fritz Paulsch-Kirchenlamitz 1
40. Bayreuth-Wirsberg. Heinrich Engelhard-Berneck, Georg Kallmeyer-Triebendorf, Georg Schultes-Friedenfels 1
41. Nuntichen-Bichtach. Franz Haupteiner-Haugenberg, Michl Probst-Büchberg 1
8. Gau.
42. Burgundstadt-Zeil. Bruno Hemm, Kaspar Röder, August Droll, Bernhard Henneberger; sämtlich im Bezirk Würzburg 2
43. Bilschheim-Uebermaghofen. Gustav Matthäi-Steinach, Wilhelm Fiedler, Johann Schwert, beide in Maroldsweisach, Friedr. Grimm, Karl Möhner, beide in Langenaltheim 1
44. Augsburg-Ilm. Jof. Kraus-Nürnberg, Anton Mayer-Augsburg, Karl Helmetter-Bürgstadt, Erhard Wolf-Fechenbach 1

- Wahlkreis 8. Gau. Delegierte
45. Anspach-Wiesbaden. Hermann Sarholz-Wiesbaden, Jakob Fuchs und Rudolf Fuhr-Mainz 1
46. Breitenborn-Steinau. Wilhelm Schaar-Breitenborn, Friedr. Poth-Rohrdorf 1
47. Alpenrod-Zinhain. Franz Wolf-Marienber, August Hehn-Alpenrod, Wilhelm Klagg und Karl Lein-Homburg 1
48. Allendorf-Weitefeld. Otto Drees-Merzenberg, Heinrich Loh-Geilenau, Alois Groth-Fehlrikenhausen, Heinrich Zimmermann-Schönbach 1
Steinseher.
1. Gau NO-NW.
49. Berlin. Otto Kiaulehn, Fritz Anders, Edmund Taeye, Gustav Landmann; sämtlich in Berlin 2
50. Arnswalde-Wittenberg. H. Mau und Adolf Lau-Stettin 1
51. Bergedorf-Trittau. Adolf Meins und Karl Ehrlich; beide in Hamburg 1
52. Aurich-Wilhelmshafen. Bernhard Warneke-Berden, Georg Göh, Ubbö Heinenberg, Folkert Post; sämtlich in Aurich, Joh. Dsterloh-Bremen 1
53. Anklam-Bismar. H. Trau-Lübeck 1
2. Gau.
54. Breslau-Ziegenhals. Paul Schröter-Breslau, Paul Gottwald-Gleiwitz 1
3. Gau.
55. Annaberg-Züllichau. Gustav Rübiger-Chemnitz, Robert Gubisch-Leipzig, August Sydow-Senfenberg 1
4. Gau.
56. Celle-Wolfenbüttel. Heinrich Bed-Hannover 1
57. Altleben-Zörbig. Karl Preisch-Halle 1
58. Abterode-Zeitz. Paul Fiedler-Gera, Adam Knie- rim-Eltmannshausen, Kurt Martin-Zeitz 1
5. Gau.
59. Barmen-Bersmold. Jof. Stecker-Köln, Gustav Gerhards-Barmen, Reinemann-Dortmund 1
6., 7., 8. und 9. Gau.
60. Freiburg i. B.-Mainz. Jof. Hassold-Nürnberg, Jof. Hentelmann-München 1

Wahlreglement.

Bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag in Frankfurt a. M. ist folgendes zu beachten:

- 1. Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die ihr Verbandsbuch oder ihre Interimskarte in Ordnung haben.
2. Die Hauptwahlen sind in der Zeit vom 20. bis einschließlich 27. April vorzunehmen. Alle an einem anderen Tag vorgenommenen Wahlen sind ungültig.
3. Als gewählt gilt der Kandidat, der mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.
4. Hat kein Kandidat die absolute Mehrheit, so findet zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen eine Stichwahl statt.
5. Die Stichwahlen sind in der Zeit vom 8. bis einschließlich 14. Mai vorzunehmen.
6. In Wahlkreisen, wo zwei oder drei Delegierte zu wählen sind, sind so viel Namen auf den Stimmzettel zu schreiben, als Delegierte zu wählen sind.
7. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, sind ungültig.
8. Alle gemeldeten Kandidaten stehen zur Wahl, die Ersatzmänner ergeben sich durch das Wahlergebnis. Bei der Wahl werden sie als solche nicht bezeichnet.
9. Die Wahlprotokolle für die Hauptwahlen müssen bis zum 29. April, die Wahlprotokolle für die Stichwahlen bis zum 15. Mai an den Zentralvorstand eingesandt sein. Werden die Wahlprotokolle später eingesandt, scheiden die Stimmen aus, auch wenn die Wahl in der vorgeschriebenen Zeit stattgefunden hat.
10. Die Wahl ist geheim und erfolgt nur mittels Stimmzettel. Den Namen des Delegierten hat jeder Kollege selbst auf den Stimmzettel zu schreiben.
11. Um eine möglichst starke Wahlbeteiligung zu erzielen, bleibt es den einzelnen Zahlstellen überlassen, die Wahl in den Versammlungen oder auf den Werkplätzen vorzunehmen. Maßgebend für die Vornahme des Wahlaktes in jeder Zahlstelle muß sein, daß entweder die Wahl nur in der Versammlung oder nur auf den Werkplätzen stattfindet. Jede Zahlstelle hat ein Wahlkomitee von drei Mann zu wählen, das das Wahlergebnis prüft und an den Zentralvorstand unverzüglich übermittelt. Wird aber auf den Werkplätzen abgestimmt, so hat auf jedem Platz eine dreigliedrige Kommission die Stimmzettel in Empfang zu nehmen und diese dann dem Wahlkomitee der Zahlstelle, welches für die korrekte Vornahme des Wahlganges dem Zentralvorstand gegenüber verantwortlich ist, noch am Tage der Abstimmung zu übermitteln.
12. Wird die Wahl auf den Werk- oder Arbeitsplätzen vollzogen, so darf diese in der Zahlstelle jedoch nur an einem Tage erfolgen.

Der Zentralvorstand erwartet, daß die Bestimmungen richtig durchgeführt werden, er behält sich vor, bei Wahlaufschüngen die Stimmzettel einzufordern. Die gültigen Stimmzettel müssen deshalb bis zum Verbandstag in der Zahlstelle aufbewahrt werden. Die ungültigen sind mit dem Wahlprotokoll an den Vorstand einzusenden.

Eine nochmalige Veröffentlichung des Wahlreglements wird nicht vorgenommen. Die Zahlstellenfunktionäre sind deshalb verpflichtet, sich diese Nummer für den Gebrauch zurüdzulegen, damit sie mit den bekanntgegebenen Bestimmungen vertraut werden.

Die Wahlkommission jeder Zahlstelle hat bei der Feststellung der Wahlergebnisse die Verpflichtung, etwaige Meinungs-differenzen über das Wahlreglement selbst zu klären, muß deshalb diese Nummer 15 des „Steinarbeiter“, in der Wahlkreiseinteilung und Wahlreglement veröffentlicht sind, in mindestens einem Exemplar bei der Hand haben.

Die Wahlprotokolle werden in der Osterwoche an die Vor-sitzenden versandt.

Die Steinseher, Pflasterer und ihre Hilfsarbeiter wählen in besonderen Wahlkreisen ihre Delegierten selbständig. Auch in den Zahlstellen, wo sie mit den Steinarbeitern eine Verwaltung bilden, gehören sie zur Wahlkreiseinteilung der Steinseher.

Für Stimmzettel haben die Zahlstellen selbst zu sorgen. Wir ersuchen die Verbandsmitglieder, sich recht zahlreich an der Delegiertenwahl zu beteiligen und die Wahlen etwa nicht auf den letzten Wahltag zu verlegen.

Der Verbandsvorstand.

Von den Gau- und Bezirkskonferenzen.

Erfurt. 4. Gau. Gaukonferenz des 4. Gaus am 6. März in Erfurt, „Gr. Kurfürst“. Auf der Tagesordnung stand: 1. Berichte der Gauleiter und Aussprache hierzu, 2. Stellungnahme zum Verbandstag und Anträge hierzu, 3. Referat des Kollegen Linke über Rationalisierung und Wirtschaftsdemokratie. Kollege Schlegel eröffnete die Konferenz und begrüßte die Delegierten, anwesend waren 50 aus der Steinmeß- und Pflasterstein- und Schotterbranche und 38 aus der Steinseherbranche sowie die Gauleiter Schlegel und Göhre, Bezirksleiter Reis und vom Zentralvorstand Kollege Hermann Linke, desgleichen eine Reihe Gäste von der Zahlstelle Erfurt. Das Bureau wurde auf Vorschlag des Kollegen Schlegel, wogegen sich kein Widerspruch erhob, in die Hände der Gauleitung gelegt und zum Schriftführer Kollege Reiss-Kassel bestimmt. Kollege Schlegel gab bekannt, daß innerhalb der letzten 2 Jahre vom 4. Gau 76 Kollegen, und zwar 57 Steinarbeiter und 19 Steinseher durch den Tod aus unseren Reihen geschieden sind, die Konferenz ehrte diese durch Erheben von ihren Särgen.

Dann wies Kollege Göhre darauf hin, daß in den verfloßenen 2 Jahren unsere Arbeit nicht umsonst gewesen ist, sondern daß in Punkto Lohn und Arbeitsbedingung man sich mit dem Geleisteten sehen lassen könne, sei doch der Lohn der Steinsehergruppe gegenüber 1924 um mehr als 100 Prozent gestiegen. Kollege Göhre wies nochmals darauf hin, daß insbesondere der Einhaltung des Achtstundentages rege Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse.

In der Organisation mögen sich alle Steinarbeiter ein Beispiel an den Unternehmern nehmen, die im Durchschnitt nicht nur einmal, sondern dreimal organisiert sind, und zwar einmal in einer Innung, die Innung wieder in einen Bezirk oder Landesverband, und dieser wieder in einem Reichsverband. Dies müsse der Arbeiterchaft in der Steinindustrie Ansporn geben, sich zum mindesten einmal, und zwar im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, zu organisieren, und nicht nur zahlende, sondern auch kämpfende Mitglieder werden. Dann gab Kollege Schlegel einen kurzen Bericht. Er wies darauf hin, daß die Gewerkschaften noch ein sehr eiches Arbeitsfeld vor sich haben, denn die Arbeiterchaft könne sich nicht auf Verprechungen der Regierung verlassen; sei es doch im besonderen die Regierung Luther gewesen, die der Arbeiterchaft vieles von der Senkung der Preise versprochen habe, daß aber davon nichts gehalten wurde, im Gegenteil, die Preise sind noch gestiegen, bis jetzt ist noch kein Stillstand eingetreten. Wenn die Arbeiterchaft sich noch fester und geschlossener zusammenschließen würde, könnten die Gewerkschaften den Mächtschaften der Regierungen und des Kapitals mehr entgegentreten. Kollege Schlegel wies auch darauf hin, daß die Gewerkschaften nicht nur für die Erhöhung der Löhne und Abwehr von Lohnabbau einzutreten haben, sondern die Kollegen auch vor den Gewerbe-, Arbeits- und ordentlichen Gerichten zu vertreten haben. Wurde doch in den letzten 2 Jahren durch Klagen nur für die Gruppe Steinarbeiter vor den Gerichten nicht weniger als 10 474,30 Mk. herausgeholt, außer den 19 417,74 Mk., die an Lohnabbau abgewehrt werden konnten. Die Summe für Klagen hätte sich aber noch bedeutend vergrößert, wenn alle in Frage kommenden Kollegen immer die Courage aufgebracht und alle Fälle der Leitung gemeldet hätten. In der Diskussion sprach Kollege Montag der Gauleitung das Vertrauen aus, indem sie voll und ganz ihre Pflicht getan habe. Es könne aber manchmal der Leitung viel Arbeit abgenommen werden, wenn die Kollegen in den Betrieben mehr Aktivität an den Tag legen würden, und könne von ihnen viel Arbeit in den Betrieben selbst geregelt werden. Kollege Röder wies darauf hin, daß der Arbeiter nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch und genossenschaftlich organisiert sein müsse, damit ihm nicht das, welches er auf einer Seite durch eine Organisation erkämpfe, auf der anderen Seite wieder verloren gehe. Kollege Preisch geht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ein und bedeutet, daß eine Verbesserung derselben nicht auf dem Wege der wirtschaftlichen Demokratie, sondern durch Diktatur erreicht werden könne. Zu Punkt 3 wurde die Besprechung der Anträge zum Verbandstag vorgenommen, welche von den einzelnen Zahlstellen an die Gauleitung eingereicht waren. Die Anträge wurden in ihrer Mehrheit von der Gaukonferenz gutgeheißen und beschlossen, dem Verbandstag zur Beschlußfassung zu überweisen.

Bei Unterstützungseinrichtungen sprach sich die Konferenz in ihrer Mehrheit gegen die Einführung weiterer Unterstützungseinrichtungen und für Erhöhung der Streik-, Gemäßregelten- und Reiseunterstützung aus. Man solle die Gewerkschaften nicht zu Unterstützungsvereinen machen, sondern sie zu Kampforganisationen ausbauen, damit die Kollegen auch als Kämpfer erzogen werden und nicht nur als Unterstützungsempfänger den Organisationen beitreten. Man könne ja auch feststellen, daß in den Branchen und Organisationen, wo nicht alle Arten Unterstützungen eingeführt sind, sondern Wert auf die Stärkung des Kampffonds gelegt, und die Kollegen zu Kämpfern erzogen waren, die höchsten Löhne zu verzeichnen seien. Auch ist es nicht die Aufgabe der Gewerkschaften, dem Staat die Verpflichtung auf Erhöhung der Erwerbslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung zum Teil abzunehmen. Eine rege Debatte entspann sich über die Anträge verschiedener Zahlstellen auf Entziehung des Vertrauens des Redakteurs Hermann Sebold wegen seiner politischen Einstellung und seiner Schreibweise. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, diese Anträge dem Verbandstag zu überweisen. Ebenfalls entspann sich eine rege Debatte über den Antrag Halle, eine 6-gliedrige Kommission zur Ergründung der russischen Wirtschafts- und Berufsverhältnisse zu wählen. Dieser Antrag wurde mit 41 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Es steht aber den einzelnen Zahlstellen frei, trotzdem alle Anträge, wenn auch von der Konferenz abgelehnt, zum Verbandstag einzureichen.

Da durch die rege Diskussion betr. der Beratung der Anträge die Zeit weit vorgerückt war, und viele Delegierte wieder zu den Zügen mußten, wurde der Antrag gestellt, von der Entgegennahme des Vortrages des Kollegen Hermann Linke über Rationalisierung und Wirtschaftsdemokratie abzusehen, und auch angenommen. Hierauf schloß Kollege Schlegel mit einem Appell an die Delegierten, das aus der Konferenz gewonnene nach außen hin in den Betrieben zu verwerten und für die weitere Stärkung der Organisation einzusetzen, sowie an den Vorbereitungen zum Verbandstage mitzuarbeiten, die gut verlaufene Gaukonferenz.

Erfurt. Sonnabend, den 5. März, fand in Erfurt, „Großer Kurfürst“, die Branchenkonferenz der Kollegen der Steinmeßbranche sowie der der Pflasterstein- und Schotterindustrie gemeinsam statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Branchenbericht, 2. Aussprache hierzu, 3. Lehrlingswesen, 4. Besprechung über die Reichsarbeitsverträge. Anwesend waren 50 Delegierte sowie Gauleiter Schlegel und Bezirksleiter Reis. Ehe in die Tagesordnung eingegangen wurde, wurde das Bureau gewählt, und als Vorsitzender der Kollege Röder, Hildesheim, als Schriftführer Kollege Reiss, Kassel. Kollege Schlegel wies eingangs seines Berichts darauf hin, daß es in dieser Branchenkonferenz schwieriger sei als in der Gruppe Steinseher, da in der Branchenkonferenz der Steinarbeiter 5 Branchen in Frage kommen, und wolle er jede der Reize nach durchnehmen. Schlegel besprach zuerst die als Gründer in Betracht kommende Gruppe der Steinmeßen und wies darauf hin, daß in dieser Gruppe die Arbeitsmöglichkeiten keine günstigen zu nennen seien, so daß diese Gruppe bald nicht mehr als Saisonarbeiter, sondern als Gelegenheitsarbeiter angesprochen werden kann, da sich nur hier und dort bei Gelegenheit mal Arbeit für diese Gruppe zeige.

Nur in einzelnen Betrieben sei einigermaßen Arbeitsmöglichkeit vorhanden gewesen, so in Obernkirchen, Altenhagen und Langensalza. Trotz Arbeitsknappheit seien die Kollegen in einzelnen Städten zu der Verriichtung von Akfordarbeit übergangen und wurde in der Diskussion festgestellt, daß das Unterbieten bei den eigenen Kollegen noch viel schmerzlicher sei als bei den Unternehmern, und wurden Preise für den Quadratmeter bekanntgegeben, bei welchen die Kollegen nur bei der äußersten Anstrengung einigermaßen auf ihren Stundenlohn kommen können. Besonders Kassel und Hannover wurden erwähnt, wo die Kollegen durch Unterbieten die Preise drücken. Es wurde deshalb auf Antrag des Kollegen Montag beschlossen, demnächst für die Gruppe Steinmehrer eine besondere Branchenkonferenz einzuberufen, um besonders zu den hier vorgebrachten Mifständen Stellung zu nehmen. Die Marmorindustrie hat ebenfalls wenig Beschäftigung, und die Alabasterindustrie liegt vollständig am Boden. Auch die Granitverarbeitungsindustrie mühte sich wegen den wenigen Aufträgen an Werksteinen und dergleichen auf die Produktion von Plastersteinen und Bordsteinen umstellen. Die Plasterstein- und Schotterindustrie war in den letzten Jahren sowie auch heute noch gut beschäftigt, und hat sich keine Industrie nach der Inflation so schnell erholt, als gerade diese. Kollege Schlegel ging dann auf die Arbeitszeit wie Arbeitsleistung der einzelnen Branchen ein. Er wies darauf hin, daß die Unternehmer immer noch auf dem Standpunkt stehen, lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn. Umgekehrt müße es aber der Fall sein, kurze Arbeitszeit und hoher Lohn, damit der breiten Masse Gelegenheit gegeben werden könne, zu konsumieren, damit die Produktion steige und das Heer der Arbeitslosen vermindert werden könne. Schlegel wies auch darauf hin, daß es nicht richtig sei, daß alle Arbeiter unzeitweilig alle Arbeitszeit geleistet hätten. Auch sei die Produktion heute höher als früher, trotz verkürzter Arbeitszeit. Dann ging Schlegel auf die Leistungen des Verbandes innerhalb des 4. Gaues ein und wies nach, daß im Durchschnitt für alle Branchen ein Lohnaufbau von 30 Prozent herausgeholt werden konnte. Im Jahre 1926 mußten wir uns in die Verteidigungstellung begeben, um den von Unternehmernseite beschleunigten Lohnabbau abzuwehren. Im Jahre 1926 haben Lohnbewegungen ohne Streiks stattgefunden in 149 Betrieben mit 9375 Beschäftigten. Hier kamen 6083 Mitglieder unseres Verbandes in Frage und wurde ein Lohnabbau pro Kopf und Woche 19.417.74 Mf. oder pro Kopf und Woche 3.19 Mf. abgewehrt. Diesen Vorteil haben auch die Unorganisierten einstecken können und müßten sie bald einsehen, daß der Erfolg noch größer gewesen wäre, wenn auch sie mitarbeiten würden, indem sie Mitglied des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands würden.

In der Diskussion, an der sich 25 Kollegen, einige mehrmals, beteiligten, sprachen sich alle Redner zufriedenstellend über den Branchenbericht des Kollegen Schlegel aus, daß die Leitung während dieser Periode voll und ganz ihre Pflicht getan habe. Aus den Reihen der Steinmehrer wurde allgemein der Wunsch laut, zum Abschluß von Bezirksarbeitsverträgen zu gelangen, damit einmal die Lohn- und Arbeitsbedingungen richtig geregelt werden, wobei auch die Bruchgebiete erfaßt werden müßten. Aus den Reihen der Plasterstein- und Schotterindustrie wurde allgemein der gute Geschäftsgang bestätigt, aber im allgemeinen die niedrigen Löhne sowie die Indifferenz eines Teiles der beschäftigten Arbeiter, welche ein Hemmnis auf den Aufbau der Löhne bedeuten, kritisiert. In dem Schlußwort ging Kollege Schlegel auf die Ausführungen und Wünsche der verschiedenen Diskussionsredner ein und wünscht, daß alle Kollegen die heutigen Ausführungen beherzigen mögen, damit wir bei der nächsten Gaukonferenz in zwei Jahren ein Stück weiter vorwärts gekommen sind. Im Punkt 3, Lehrlingswesen, sprechen sich der Berichterstatter Kollege Schlegel sowie alle Diskussionsredner gegen die Lehrlingszucht aus und betonen, daß Gesellensauschüsse überall zu wählen sind, welche auf die Einhaltung der Bundesratsverordnung in Lehrlingswesen achten müssen, sowie bei der Prüfung der Lehrlinge ein Wort mitzureden haben, denn die Qualitätsarbeit müße in den Vordergrund treten, wenn das Handwerk (Naturstein) erhalten werden sollte. Auch müße die Organisation alles daran wenden, das Lehrlingswesen bei Tarifabschlüssen zu regeln. Im Punkt 4, Reichsarbeitsverträge, ging Kollege Schlegel darauf ein, indem er erwähnte, daß dort, wo noch Reichsarbeitsverträge bestehen, dies allein Kollegen zum Vorteil gereiche, und daß da, wo keine mehr bestehen oder keine zustandekommen, die Hauptbestimmungen wie Urlaub und dergleichen in die Bezirksarbeitsverträge verankert werden müssen. Ebenfalls müße mehr auf die Bestimmungen der Reichsarbeitsverträge, insbesondere auf die Einhaltung der in den Verträgen festgelegten Arbeitszeit und Abforderung der Ueberstundenzuschläge, geachtet werden. Auch müssen die Kollegen selbst mehr auf dem Posten sein, daß die Bestimmungen der Reichsarbeitsverträge durchgeführt werden. Auch wurde kritisiert, daß es noch Arbeiter gebe, welche ihren Urlaub nicht nehmen, sondern sich nur bezahlen lassen; dies ist unzulässig und trage dazu bei, daß der Urlaub statt weiter aufgebaut, abgebaut werde. Kollege Kneide, Bernburg, wünscht, daß auch ihre Betriebe dem Reichsarbeitsverträge angeschlossen würden. Mit einem Schlußwort, daß die Kollegen aus dem heute Gesagten ersehen, daß alles zum Vorteil des Verbandes und der Kollegen gewesen ist, und daß alle dahin wirken mögen, indem alle zu Kämpfen erregen werden, denn man komme nur durch Kampf zum Sieg, schloß Kollege Köder die Branchenkonferenz.

**Hamburg.** Der 1. Gau Nordwest hielt am 5. und 6. März seine Gaukonferenz im Gewerkschaftshaus zu Hamburg ab. Tagesordnung: 1. Bericht des Gauleiters und der gegenwärtige Stand der diesjährigen Tarif- und Lohnbewegungen. 2. Freie Aussprache. 3. Stellungnahme zum Verbandstag in Frankfurt am Main. Ref. Waltherr, Leipzig. Anwesend war der gesamte Gauvorstand. Kollege Waltherr vom Zentralvorstand und 52 Delegierte aus 37 Zahlstellen. Der Gauleiter, Kollege Gödemeyer, begrüßte die auswärtigen Kollegen und den Kollegen Waltherr vom Zentralvorstand.

Zu Vorstehenden werden Neumann, Hamburg, und Osterloh, Bremen, zu Schriftführern Blunk, Hamburg, und Schütt, Rostock, gewählt. Der Gauleiter gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit in den Jahren 1925 und 1926. Die Arbeitslosigkeit sei im Straßenbau als eine leidlich gute zu bezeichnen, nur sei sie nicht überall von den Kollegen im gewerkschaftlichen Sinne ausgenutzt worden. In einzelnen Bezirken wurde die Akford- und Prämienarbeit sehr bevorzugt und die tarifliche Arbeitszeit außer acht gelassen, zum Vorteil der Unternehmer. Im Steinmehrer, Grabmal- und Marmorgewerbe war die Arbeitslosigkeit keine gute, oft sogar schlecht. Viele Kollegen dieser Fachgruppen hatten Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, woran im wesentlichen die Akfordarbeit schuld sei. Die Plasterstein- und Schotterbetriebe hatten eine günstige Arbeitslosigkeit. Um die Belegschaft der Wiesberger Steinbrüche streiken sich 5 Organisationen. Der zuständige Steinarbeiterverband ist in der Minderheit, es müßte hier mehr intensive Arbeit geleistet werden; aber es fehlt eine zweite Kraft im Gau, da der Gauleiter mit Arbeit überlastet ist. Hierauf folgte eine lebhafte Debatte, die sich mit der immer wieder zu verurteilenden Akfordarbeit befaßte. Osterloh, Bremen, geht besonders scharf gegen die Hamburger Akfordkolonnen vor. Millanowski, Kiel, beschränkt sich, daß der Bezirk nicht genügend bearbeitet wird, und fordert die Anstellung eines Bezirksleiters. Es sprechen noch mehrere Delegierte, aber alle im Rahmen ihrer Vordredner. Hierauf Schlußwort des Gauleiters. Zweiter Tag: Sonntag, den 6. März, 8 Uhr vormittags. Referat des Kollegen Waltherr, Leipzig: Redner schildert die Lage in den Berufen der Steinindustrie. Bemängelt, daß der Zentrale und der Gauleitung nicht genügend statistisches Material übermittelt würde, auch daß einige Zahlstellen keinen Ortszuschlag erheben und dadurch kein Geld in der Kasse hatten. Redner geht dann zu den Anträgen über, wobei er besonders auf die Enthebung des Redakteurs von seinem Posten eingeht und dabei ins politische Gebiet kommt, was sich auch auf die Diskussion auswirkt. Redner streift die Erwerbslosen, Streik-

und Krankenunterstützung, auch die Arbeitsrechtsfrage. Hierauf freie Aussprache. An der Debatte beteiligten sich Boppeler, Bremen, Wagner, Hamburg, Schütt, Rostock, Meins, Hamburg, Hagemann, Greifswald, Millanowski, Kiel, Wagenseller, Lübeck, Gödemeyer, Hamburg, Sobusch, Hamburg. Hierauf Schlußwort Waltherr. Eine Reihe vorliegender Anträge zum Verbandstage wird eingehend besprochen, einige wurden mit Mehrheit abgelehnt, darunter ein Antrag, der dem Redakteur nach bekauntem Mißtrau den Vertrauen entzieht und ihn ganz radikal erledigen soll. (Die angenommenen Anträge werden im Zusammenhang mit den anderen veröffentlicht in Nr. 16.) Abschließende Entschlieung fand einstimmige Annahme:

„Die am 6. März 1927 in Hamburg tagende Gaukonferenz stellt nach ausgiebiger Debatte fest, daß leider in einigen Bezirken der tariflich festgelegte Achtstundentag nicht eingehalten wird. Die Delegierten verpflichten sich, in allen Orten und Bezirken dahin zu wirken, daß für die Zukunft die Bestimmungen über die Arbeitszeit restlos durchgeführt werden.“

**Kalksteingebiet.** Am Sonntag, dem 20. März 1927, fand in Elberfeld, Lokal Sauerzopf, eine Bezirkskonferenz des Kalksteingebietes statt. Vertreten waren nur 10 Zahlstellen. Gauleiter Kollege Braun war ebenfalls anwesend. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Kollege Eggert den Geschäfts- und Kassenbericht. Insbesondere führte Kollege Eggert aus, daß auch die Kalkarbeiter in dem verfloßenen Geschäftsjahr ein schlechtes Jahr, ähnlich wie 1923, hinter sich haben. Die Wirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen habe den Unternehmern ermöglicht, besonders dort, wo sich die Arbeitskollegen zum größten Teil von der Organisation losgesagt, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern und die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterkraft durchzuführen. Seit den Monaten August-September 1926 hat sich die Konjunktur in der Kalkindustrie wesentlich gehoben, mit gleichem Zeitpunkt setzte auch ein neuer Impuls in der Organisationsbewegung ein. Hierdurch war bereits im 4. Quartal 1926 eine merkliche Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen. Im 1. Quartal 1927 konnte die Aufwärtsbewegung in der Organisation fortgesetzt werden, so daß die nicht gerade günstigen Kassenverhältnisse eine Besserung erfuhr. Außer einer durchgeführten Lohnbewegung, die den Lohnarbeitern eine 7prozentige Lohnerhöhung brachte, mußte man sich überall darauf beschränken, einen Abbau der Akfordsätze zu vermeiden bzw. die bestehenden Tarife und Abkommen zu halten. Es fand über den Bericht nur eine geringe Aussprache statt. Kollege Gehardt, Dornap, gab noch einige Anregungen in der Arbeitszeitfrage, womit der Punkt 1 der Tagesordnung verlassen wurde. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Stellungnahme zum Verbandstag und zur Gaukonferenz, wurden zuerst die Delegierten zur Gaukonferenz gewählt. Als Delegierte wurden vorgeschlagen die Kollegen Marau, Dornap, Harzen, Gruitzen, und Schneider, Leimathe. Als Kandidaten zum Verbandstag wurden vorgeschlagen die Kollegen Marau und Eggert. Weiter lag eine Reihe von Anträgen zum Verbandstag und zur Gaukonferenz vor. Zwei Anträge, die ein Mißtrauensvotum und den Ausschluß des Kollegen Siebold forderten, wurden nach langer Debatte, woran sich unter anderem auch der Kollege Gauleiter Braun sehr regge beteiligte, von der Konferenz abgelehnt. Ein Antrag, der eine bessere Zusammenfassung des Bezirks gewährleisten soll, wurde der Gauleitung überwiesen. Ein Antrag, der die Verschmelzung des Steinarbeiterverbandes mit dem Baugewerksbund vorschlag, wurde dahingehend umgeändert, den Zentralvorstand zu beauftragen, an der Bildung von Industrierverbänden mitzuwirken. Ferner wurde beschlossen, außer der bereits von den MGS durchgeführten Kampagne bzw. Bekämpfung des Ueberstundenunwesens nochmals bezüglich eine Bewegung einzuleiten. Unter Punkt Verschiedenes wurde der alte Bezirksvorstand wiedergewählt, derselbe besteht aus den Kollegen Karl Marau, Dornap, Vorsitzender; Wilhelm Horn, Wülfrath, Stellv. Vorsitzender; Johann Eggert, Gruitzen, Kassierer, Otto Harzen, Gruitzen, Schriftführer. Nachdem der Gauleiter Braun und der Vorsitzende Marau noch einige anfeuernde Worte an die Delegierten gerichtet hatten, wurde die Konferenz gegen 2 1/2 Uhr geschlossen.

**Chemnitz.** Konferenz des Bezirks Südwest-Sachsen am 20. 3. 1927. Kollege Kunze als Bezirksleiter eröffnet die Konferenz und begrüßt die Kollegen. Die Tagesordnung lautet: Bericht des Bezirksleiters und der Zahlstellen. — Anträge zum Verbandstag. — Neuwahl des Bezirksleiters. — Aufstellen von zwei Kandidaten zum Verbandstag. — Verschiedenes.

Zu Punkt 1 erläuterte Kollege Kunze im weiteren Umfange die jetzt stattfindenden Lohnverhandlungen und erwähnt die immer wieder erschallenden Vorwürfe der Arbeitgeber. Die Tarife waren alle von den Unternehmern gekündigt worden, und da es nicht möglich war, die Verhandlungen auf einmal durchzuführen, wurden zuerst die Lohnverhandlungen für die Oberlausitz abgeschlossen und zur Verhandlung gebracht. Für den Bezirk Süd-West-Sachsen fanden die Verhandlungen am 19. 3. statt, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Kollege Kunze erklärt dann weiter, daß diese Verhandlungen auch sehr viel Zeit in Anspruch nahmen, da die Unternehmer doch ungerne aufbessern wollen, sondern am liebsten 15 Prozent in ihre Tasche stecken möchten. Kollege Kunze spricht dann über die Uebelstände in verschiedenen Zahlstellen, wo die Unternehmer sich nur mit Entlassungen und Tarifumgehungen beschäftigen. Es sei besonders hervorgehoben von der Zahlstelle Diehensdorf, und zwar der Firmen Westfälischer Granulit-Werke und Granitwerk Dornap. Auch wird von anderen Zahlstellen genau so kritisiert wie von den obengenannten Firmen. Kollege Koch schildert nun die Entlassungen von sechs Arbeitern und dann drei Tage später die des Betriebsrates. Die Entlassung von 6 Kollegen erfolgte, weil diese Kollegen Sonntagsarbeiten ohne Prozente verweigert hatten, und die des Betriebsrates, weil er die Kollegen vertrat. Hierauf gab Kollege Kunze den Kassenbericht. Dieser war geprüft und für richtig befunden. Zugleich sei noch bemerkt, daß von seiten der Ortskassierer viel geklagt wird über die Bezahlung von Verbandssteuern. Es gibt Kollegen, die 4-6 Wochen rückständig sind. Es sei nun hier erwähnt, um die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß ein jeder darauf bedacht sein soll, daß diese Gelder möglichst am Ende der Woche bezahlt werden, denn es ist ein schweres Arbeiten der Kassierer und zugleich ein Nachteil für den betreffenden Kollegen, wenn ihm eine Krankheit zustoßt. Hierauf ging Kollege Kunze zum 2. Punkt, Anträge der Zahlstelle Aue, über, welcher lautet: Daß die Mitgliederzahl von 800 auf 300 zu reduzieren sei, und auf 300 Mitglieder ein Delegierter gestellt wird. Von der Zahlstelle Mittweida ging folgender Antrag ein: Der Verbandstag wolle beschließen, daß das Krankengeld vom 6. Jahre ab auf 9 Wochen festgesetzt wird. Kollege Kunze wurde dann wieder einstimmig zum Bezirksleiter gewählt. Als Kandidaten wurden vorgeschlagen die Kollegen Kunze und Müller. Damit war der Zweck der Konferenz erfüllt.

**Mainz.** Die Gaukonferenz des 9. Gaues fand am 26. und 27. März unter geleiteter Leitung des Kollegen Kehl-Frankfurt und Loh-Weinlau, im „Goldenen Pfug“ in Mainz statt. Der Samstagvormittag wurde ausgefüllt durch den Geschäftsbericht des Gauleiters, Kollegen Menges. In großen Zügen entwarf er ein anschauliches Bild von den mannigfaltigen Wechseln im Wirtschaftsleben der gesamten Steinindustrie Deutschlands seit 1925. Dieses Jahr setzte mit einem gewaltigen Konjunkturaufschwung ein, der den Kollegen, bei allerdings sehr starker Ueberstundenleistung, hohe Verdienstmöglichkeiten brachte. Mit Juli 1925 trat dann ein Umchwung ein, von dem vor allem die jungen Betriebe des Westerwaldes betroffen wurden. Im Herbst 1925 griff diese absteigende Bewegung auch auf Hessen über, die durch zahlreiche Stilllegungen von Betrieben und durch einen Lohnabbau bis teilweise zu 50 Prozent gekennzeichnet war. Auch 1926 brachte schleppenden Geschäftsgang. Dazu kommt, daß die immer stärker um sich greifende Typisierung und Normalisierung an Häusern und Grabdenkmälern, sowie der Siegeszug des Beton die Steinhauerarbeiten bedenklich eingeschränkt haben.

Dieser absteigenden Linie im Wirtschaftsleben steht die steil aufwärts gerichtete Linie der Organisationsarbeit gegenüber. Obwohl intensive Kleinarbeit vielfach zu vermessen war, konnte der Mitgliederstand um einige Hunderte gesteigert werden. Die Konjunkturverschlechterung führte naturgemäß zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Schädigungen der Kollegen und damit zu einer Ueberfülle von Rechtsstreitigkeiten mit den Unternehmern. Die Gauleitung hat sich im allgemeinen den dadurch an sie herantretenden Aufgaben gewachsen gezeigt. Gewiß ist nicht in jedem Falle das denkbar günstigste Ergebnis erzielt worden, doch darf bei aller berechtigten Kritik an der Tätigkeit der Gauleitung die Tatsache nicht außer acht gelassen werden, daß die Kollegen es vielfach an der erforderlichen Unterstützung der Arbeiten des Verbandes fehlen ließen. Wenn in zahlreichen Betrieben die bestehenden Arbeiterschutzvorschriften gliblich verletzt werden, so liegt das am Verhalten der Betriebsräte. Hinzu kommt, daß viele Betriebe ohne Betriebsräte sind. Betrachtet man noch die unverhältnismäßig große Zahl Unorganisierter im Gau und die Tatsache, daß an vielen Orten die Beitragszahlung zu wünschen übrig läßt, so darf erwartet werden, daß die Kollegen in Zukunft in weit stärkerem Maße als bisher ihre Kraft in den Dienst der Bewegung stellen werden.

Die außerordentlich lebhafte Aussprache bestätigte diesen Mangel an Mitarbeit und Interesse, versuchte aber auch mit Energie, hier Wandel zu schaffen. Durch Einführung von Wandertagen, intensive und systematische Werbung unter den Unorganisierten, verständnisvolle Jugendpflege, Aufklärung und engeren Zusammenschluß, hofft man auf eine Besserung der Verhältnisse.

Brachte der Sonnabendabend Erholung in gemüthlichem Beisammensein, so stand der Sonntagvormittag wieder im Zeichen fleißiger Arbeit. Es galt die Vorbereitung des Verbandstages, zu dem zahlreiche Anträge vorlagen. Eine besondere Note erhielt die Aussprache dadurch, daß der Schriftleiter des „Steinarbeiter“, Kollege Siebold, Gelegenheit nahm, sich zu seiner politischen Einstellung zu äußern, weil der Konferenz in einem Antrage ein solches Verlangen vorlag. Kollege Siebold gehört zu den Anhängern der 23. Jekt MSPD, in Sachen und wußte seine Stellungnahme zu begründen, indem er den sächlichen Parteivorgang und früheren Streit in seinen Grundzügen mit anerkannter Sachlichkeit begründete.

Des weiteren wurde angestrebt, den Verband in der Weise auszubauen, daß er in der Lage ist, seinen Mitgliedern Schutz und Hilfe in allen Lebenslagen zu gewähren. Zu diesem Zweck sind Anträge eingegangen zur Wiedereinführung bzw. Neueinführung einer Erwerbslosen-, Invaliden- und Altersunterstützung, sowie über die mit diesen Dingen eng zusammenhängende Frage der Beitragsregelung. Als ein gutes Zeichen für den gesunden gewerkschaftlichen Sinn der Konferenz darf es angesehen werden, daß alle dem Ausbau und der Festigung der Organisation dienenden Anträge mit zum Teil überwiegender Mehrheit angenommen wurden.

Mit großer Aufmerksamkeit nahm dann die Konferenz die Ausführungen des Kollegen Luge-Köln zur Kenntnis, der zur Zeit die Arbeiterakademie besucht und sich über Grundzüge des Arbeitsrechts äußerte. Vor allem seine Bemerkungen über den Normativvertrag gaben den Kollegen Siebold und Gauleiter Menges Gelegenheit zu dem Hinweis, daß der heutige Stand der Tarifverträge nur die Frucht jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe ist, die die Kollegen vor uns unter oft großen Opfern geführt haben. Zum weiteren Ausbau des Erreichten wird auch in Zukunft die Mitarbeit und Opferbereitschaft aller Gewerkschaftskollegen vonnöten sein.

Mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß die Gaukonferenz dem Arbeits- und Kampfwillen der im 9. Gau organisierten Kollegenschaft neue Nahrung und wertvolle Anregungen gegeben habe, schloß der Vorsitzende gegen 2 Uhr nachmittags die in allen Teilen harmonisch und fruchtbringend verlaufene Tagung.

### Urteile der Gewerkschaftsmitglieder über ihre Verbandsorgan.

Die Gewerkschaftspresse steht gegenwärtig im Mittelpunkt der Diskussion. Berufene und unberufene Kritiker haben sich bemüht, über den Wert der Gewerkschaftspresse ihren Urteil abzugeben. In der Zeitschrift des MGS, „Die Arbeit“ haben sich bereits zwei ältere Gewerkschaftsredakteure, die Kollegen Kayler und Krahl, zu der Frage, wie die Gewerkschaftspresse verbessert werden könnte, geäußert. Indem wir auf diese Artikel verweisen, wollen wir hier einige Urteile anführen, die Gewerkschaftsmitglieder über ihr Verbandsorgan abgegeben haben. „Der Landarbeiter“, Organ des deutschen Landarbeiterverbandes, wandte sich kürzlich an seine Leser und erbat sie, sich über ihr Verbandsorgan zu äußern und eventuell Wünsche zur Verbesserung bescheiden vorzubringen. In Nummer 7 des Blattes gibt die Schriftleitung einige Urteile bekannt. Zunächst wird bemerkt, daß ein anscheinlicher Stapel von Briefen und Postkarten aus allen Teilen des Reiches eingegangen ist, was auf eine sehr enge Verbundenheit der Landarbeiter mit ihrem Organ schließen läßt. Die Urteile über die Verbandszeitung sind durchweg gut. Wir wollen nur einige hier wiedergeben: „Die Aufmachung und die Bilder sind gut. Es gibt da nichts zu ändern. Die Beilage „Landarbeiterrecht“ ist eine Notwendigkeit, die wohl kein Mitglied vermissen möchte.“ Ein Urteil aus Schlesien lautet: „Die Zeitung gefällt sehr. Wir sind zufrieden mit Eurer Mühe und Anstrengung, auch mit den Zeitungsbildern.“ In einer weiteren Zuschrift heißt es u. a.: „Wenn jeder Landarbeiter das im Blatt Gesagte beherzigen würde, wäre es besser um unsten Stand bestellt.“

Es ist nun lehrreich, die Wünsche zu hören, die die Mitglieder zur Erweiterung des „Landarbeiters“ vorschlagen: „Aufsätze über Rechte und Pflichten der Landarbeiter bei der Arbeit, Abdruck der Unfall- und Gesundheitsvorschriften. Darlegungen über Einstellung der Arbeiter bei Streiks und Notstandsarbeiten, Ratsschlüsse für Küche und Garten, Aufsätze über Postarbeiterfragen. Notizen über Organisationsangelegenheiten, sowie über Fragen des sachlichen Wissens und der Siedlung, Pflege des Unterhaltsteils, Biographien von bedeutenden Männern, Beschäftigung mit Gutshandwerkerfragen, Aufsätze über Produktions- und Landarbeiterverhältnisse in anderen Ländern, Bilder über Maschinen und Tierzucht, Romane, Artikel über naturwissenschaftliche Fragen, Darstellungen über den Bauernkrieg, die Leibeigenschaft, lehrreiche Erzählungen aus dem Volksleben, über Wohlfahrts- und Gesellschaftsfragen, Aufsätze für jugendliche Landarbeiter, Behandlung der Schweizerfragen, Schaffung einer Ehrenliste für verstorbene Mitglieder und Veröffentlichung interessanter Gerichtsurteile.“

Was zeigen diese Wünsche der Landarbeiter bezüglich der Verbesserung ihrer Zeitung? Die Wünsche, stärkere Berücksichtigung des unterhaltenden Teils treten vollständig zurück. Wie uns die Schriftleitung des „Landarbeiters“ auf Anfrage mitteilt, befanden sich unter der großen Masse nur wenige Zuschriften, die eine Verbesserung des unterhaltenden Teiles wünschten. Es scheint also nicht zu stimmen, wenn die Kritiker sagen, die Gewerkschaftsmitglieder wünschen leichteren Stoff. Wie die oben erwähnten Einzelwünsche zeigen, verlangen die Landarbeiter von ihrem Organ eine Erweiterung nach der Richtung der bereits bisher behandelten Probleme. Also Fragen, die durchaus gewerkschaftlicher Natur sind, und keineswegs eine Abkehr von dem bisher eingeschlagenen Wege bedeuten. Wir glauben, daß die Mitglieder anderer Gewerkschaften, auch die des Steinarbeiterverbandes, ähnlich urteilen würden, wenn sie befragt werden.

### Neue Bücher, Zeitschriften.

„Frauenwelt“ Halbmonatsschrift. Preis 30 Pfg. mit Schnittmusterbogen 40 Pfg. Verlag J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postämtern und Buchhandlungen.

„Zentraler Reichsbanner-Zeitung.“ Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pfg. Postankalten und Verlag J. S. W. Diez Berlin SW 68, nehmen Bestellungen an.

„Bauern links.“ Republikanisches, politisch-journalistisches Blatt. Erscheint wöchentlich. Preis des Einzelheftes 20 Pfg. Wie Postankalten, Buchhandlungen und der Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, nehmen Bestellungen entgegen.